

IF1 | 26

ZEITSCHRIFT FÜR
INNERE FÜHRUNG

Checks and Balances

Bewährt sich ein
Erfolgsprinzip?

Von Besatzern zu Beschützern

Wie der American Way of Life
Deutschland beeinflusst

Die Rolle der USA in der NATO

Wie Europa von Nostalgie
zu Strategie kommt



BUNDESWEHR



250 Jahre USA Macht und Demokratie



bist Teil der

Geschichte



Stiftung
Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland

Deutschland seit 1945
Die neue Dauerausstellung
hdg.de | *Eintritt frei*

Happy Birthday USA



“**W**e hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness.”

Alle Menschen sind gleich und haben das uneingeschränkte Recht auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück. Auf dieser Idee, festgehalten in der Präambel der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika, gründet die älteste westliche Demokratie der Neuzeit. Am 4. Juli 1776 trennten sich die nordamerikanischen Kolonien von Großbritannien. Innerhalb von 250 Jahren entwickelte sich aus einem Bund freiheitssuchender und nach Selbstbestimmung strebender Staaten die globale Groß- und Supermacht der Gegenwart.

Die USA dienten vielen Staaten auf ihrem Weg in die Demokratie als Vorbild, ihr Eingreifen beendete zwei Weltkriege, sie sorgten Jahrzehnte als Führungsnation in der NATO für Schutz und Stabilität in der westlichen

Hemisphäre und beeinflussten wirtschaftlich und kulturell weltweit den Lifestyle.

Bereits seit Jahren richten sich die USA außenpolitisch neu aus. Das Verhältnis zu Europa hat sich gewandelt, Bundeskanzler Merz beschrieb es auf der Münchner Sicherheitskonferenz gar mit einer Kluft, die sich transatlantisch aufgetan hat.

In der vorliegenden Ausgabe wollen wir Ursprung und wechselhafte Geschichte der USA ebenso würdigen, wie aus unterschiedlichen, zum Teil kontroversen und kritischen Perspektiven Impulse zum Nachdenken und zur Diskussion liefern.

Generalmajor Ansgar Meyer
Kommandeur
Zentrum Innere Führung





16

32



Titelthema 250 Jahre USA

Impuls

Herfried Münkler

14 Quo vadis, USA?

Perspektiven zwischen Europabindung und nationalem Fokus

Sascha Tamm

16 250 Jahre Demokratie in den USA

Checks and Balances – ein gefährdetes Erfolgsprinzip einer stabilen Demokratie?

Christoph M. Haas

24 Der 4. Juli und sein Erbe

Wie die Unabhängigkeitserklärung die US-Innen- und Außenpolitik bis heute prägt

Tobias Endler

32 Von Monroe zu Donroe

Die USA und die NATO: Amerikanische Sicherheitspolitik in der Ära Trump

Gesellschaft

Harald Biermann

38 American Way of Life

Wie die Vereinigten Staaten von Amerika die frühe Bundesrepublik prägten





Welt & Partner

May-Britt U. Stumbaum

44 Ein-China-Politik

Im Spannungsfeld globaler Machtverschiebungen

Geschichte

Volker Depkat

52 We the People

250 Jahre Amerikanische Revolution

Rubriken

Zahlen & Fakten

Frank Heinz Bauer

58 Globale Stationierung der US-Streitkräfte

Mediale

60 Buch- und Onlinetipps

62 Impressum

64 Kontroverse

Rückblende

Christian Peters

66 G.I. Elvis in Deutschland

Sie möchten die IF erhalten?

Einheiten, Verbände und Dienststellen werden gebeten, sich an die zuständige Poststelle/Dienstvorschriftenstelle zu wenden und zusätzliche Exemplare anzufordern.

Die IF gibt es auch als Download: www.innerefuehrung.de

44



InFü to go

Mit Informationen zum Titelthema

Zum Heraustrennen und Abheften



Seite 4, Fotos: imago images/ABACA/Douttery Olivier, picture alliance/Associated Press/Jim Watson, picture alliance/PictureLux/The Hollywood Archive/The Legacy Collection, 4x Grafik: ideenhaus, Ralf Brendjes/Adobe Firefly
Seite 5, Fotos: picture alliance/Xinhua News Agency/Li Ming, picture alliance/akg-images

Fregatte „Sachsen“: Einsatz für die NATO

Die Fregatte F219 „Sachsen“ ist im Januar 2026 aus ihrem Heimathafen Wilhelmshaven mit Kurs Richtung Nordatlantik ausgelaufen. Als Teil der Standing NATO Maritime Group 1 (SNMG 1), einem der ständigen maritimen Einsatzverbände des Bündnisses, schützt das Kriegsschiff der Deutschen Marine strategisch bedeutende Seewege sowie kritische Infrastruktur und gewährleistet somit Sicherheit im Einsatzraum. Die Soldaten und Soldatinnen – 236 Männer und Frauen zählen zur Stammbesatzung – trainieren Manöver im multinationalen Verband und befinden sich sechs Monate im Einsatz.



**Standing NATO
Maritime Group 1**





F 219

Foto: Bundeswehr/Lukas Korfner





NATO-Übung Steadfast Dart 2026

Bei Steadfast Dart 2026 üben 10.000 Soldatinnen und Soldaten aus elf Nationen die schnelle Verlegung und Versorgung der Allied Reaction Force (ARF) durch Europa. Der schnell verlegbare Einsatzverband der NATO, Nachfolger der NATO Response Force (NRF), setzt sich aus mehreren Mitgliedsstaaten zusammen: hier im Bild zwei spanische Soldaten. Das neue Streitkräftemodell der NATO sieht vor, bis zu 800.000 Soldatinnen und Soldaten innerhalb von sechs Monaten im Operationsraum des NATO Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE) einzusetzen. Davon zählen 20.000 Männer und Frauen zur ARF.



Konflikt im Jemen

Die von Saudi-Arabien unterstützten „Homeland Shield Forces“ patrouillieren in Hadramaut im Osten der Republik Jemen. Der Süden des Landes wird von einem Regierungsbündnis, an dem Saudi-Arabien und die VAE beteiligt sind, kontrolliert. Obwohl beide Länder gegen die von Iran unterstützten Huthis im Norden vorgehen, kam es zum Bruch, da Saudi-Arabien und die VAE jeweils unterschiedliche rivalisierende jemenitische Gruppen unterstützen, die um die Vorherrschaft kämpfen.



Ukrainische Offiziere lernen in Hamburg

An der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg bilden sich ukrainische Offiziere im Führen von Großverbänden und in der Operationsplanung weiter. Die Ausbildung findet im Rahmen der EU-Mission EUMAM Ukraine statt, die seit Oktober 2022 von 22 europäischen Staaten getragen wird. Ziel ist es, die ukrainischen Streitkräfte so zu ertüchtigen, dass sie ihr Land wirksam verteidigen können. „Deutschland unterstützt die Ukraine nicht nur mit Material, sondern auch mit Ausbildung“, betont Konteradmiral Ralf Kuchler, Kommandeur der Führungsakademie. Dass Deutschland diese Aufgabe übernommen habe, sei Anerkennung und Verpflichtung zugleich. Viele der Teilnehmenden bringen umfassende Kampferfahrung mit, jedoch wenig Stabserfahrung. Ein gemeinsames Verständnis militärischer Verfahren helfe, Bedarfe besser zu begründen – und letztlich Leben besser zu schützen. (lw)



Bundeswehr eröffnet Innovationszentrum

In Erding hat Verteidigungsminister Boris Pistorius im Februar 2026 das neue Innovationszentrum der Bundeswehr eröffnet. Ziel ist es, technologische Entwicklungen schneller in die Truppe zu bringen. Gemeinsam mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder betonte Pistorius, dass Innovation dort entstehe, wo militärische Praxis, Forschung und moderne Technologien eng zusammenwirken. Am Innovationszentrum sollen künftig Soldatinnen und Soldaten, Start-Ups, Industrie und Wissenschaft gemeinsam an einsatzreifen Lösungen tüfteln. Der Standort profitiert von der Nähe zur Metropolregion München mit ihren Hochschulen und Unternehmen. Kern des Zentrums ist das bereits etablierte Innovationslabor „System Soldat“. Die Leitung übernimmt Flottillenadmiral Christian Bock. Er soll zivile und militärische Innovationskräfte vernetzen und schnelle Entwicklungs- und Beschaffungsprozesse ermöglichen. (lw)



Die Bundeswehr wächst auf

Zahl der Soldatinnen und Soldaten steigt 2025 auf 184.200 – 25.000 zivile Neueinstellungen

Die Bundeswehr hat 2025 an zivilem und militärischem Personal zugelegt: Durch Neueinstellungen wurden 4.700 Soldatinnen und Soldaten 2025 mehr eingestellt als 2024, ein deutlicher Zuwachs auf 184.200 Soldatinnen und Soldaten. Beim Zivilpersonal gab es 2025 rund 1.160 mehr Mitarbeiter als 2024. Der militärische Personalbestand ist mit rund 184.200 Soldatinnen und Soldaten so hoch wie zuletzt vor mehr als einem Jahrzehnt. Das Interesse am Arbeitgeber Bundeswehr nimmt zu: Mit rund 56.000 Bewerbungen für den militärischen



Dienst in 2025 stieg die Zahl der Bewerbenden um etwa neun Prozent im Vergleich zu 2024. Für stetigen Aufwuchs soll der Neue Wehrdienst seit 1. Januar 2026 sorgen: Der Dienst ist freiwillig, die Wehrrfassung mit Ausfüllen eines Fragebogens sowie Musterung für junge Männer jedoch verpflichtend. Wer sich meldet, dient zunächst sechs bis elf Monate, wird als Wach- und Sicherungssoldatin beziehungsweise -soldat ausgebildet und für den Heimatschutz befähigt, um später in der Reserve dienen zu können. Entscheidend ist die Bindung an die Truppe. (ep)

Neue ZMSBw-Publikation über Grönland

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) hat einen neuen Band der Reihe „Wegweiser zur Geschichte“ veröffentlicht. Die Publikation „Hoher Norden“ befasst sich mit der sicherheitspolitischen, historischen und strategischen Bedeutung der Arktis sowie der NATO-Nordflanke. In interdisziplinärer Perspektive werden historische Entwicklungen, geopolitische Interessen, die Auswirkungen des Klimawandels sowie militärische und bündnispolitische Fragestellungen analysiert. Der Band vereint Beiträge zahlreicher Fachautorinnen und -autoren und bietet einen strukturierten Überblick über einen Raum, der zunehmend an sicherheitspolitischer Relevanz gewinnt. Die Publikation richtet sich an Angehörige der Bundeswehr ebenso wie an eine sicherheits- und zeitgeschichtlich interessierte Öffentlichkeit und ist als Download auf der Website des ZMSBw verfügbar. (däu)



Quo vadis, USA?

Perspektiven zwischen Europabindung und nationalem Fokus

Ohne Zweifel haben nicht nur die Europäer von der militärischen Präsenz der USA in Europa profitiert, sondern umgekehrt haben dies auch die US-Amerikaner. Dem geopolitischen Grundsatz einer Kontrolle der Gegenküste gemäß haben sie den Nordatlantik zu einem unter ihrer Kontrolle stehenden Raum gemacht und so konventionelle Bedrohungen weit von ihrem Territorium entfernt gehalten.

von Herfried Münkler

Von ihren Kommandozentralen in Deutschland aus haben sie ihre militärischen Einsätze in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Zentralasien gesteuert. Es war also mitnichten eine Kooperation, bei der die USA gezahlt und die Europäer profitiert haben, wie US-Präsident Trump behauptet. Die Sicherheit der USA ist zu einem erheblichen Teil in Europa, vor allem in Deutschland, generiert worden. Den meisten Europäern schien diese Wechselbeziehung wie in Stein gemeißelt.

Inzwischen wissen wir, dass dies nicht der Fall ist. Der transatlantische Westen ist fragil geworden, und die NATO ist kein auf gegenseitigem Vertrauen beruhendes Bündnis mehr. Sie ist eine Allianz des gegenseitigen Misstrauens geworden. Warum? Manche machen dafür allein US-Präsident Trump verantwortlich und suggerieren, wenn er nur weg wäre, wäre alles wieder gut. Dem ist nicht so, denn bereits US-Präsident Obama hat in seinem Pivot to Asia,

also der US-Strategie mit Schwerpunktverlagerung in den Pazifikraum, deutlich gemacht, dass Europa für die USA im 21. Jahrhundert weniger wichtig sein wird als der Indopazifik und Ostasien. Das haben die Europäer geflissentlich überhört. Die USA streben eine andere Weltordnung an als eine, die auf dem transatlantischen Westen als Stabilitätsanker beruht, eine Ordnung von drei imperialen Mächten: Neben den USA noch China und Russland, die, so Trumps Vorstellung vom Friedensrat Board of Peace, ein weltpolitisches Direktorium bilden, in dem die USA den Vorsitz haben. Europa spielt darin eine allenfalls marginale Rolle.

Was bedeutet das für das vormalige geostrategische Prinzip einer Kontrolle der Gegenküste? Zum einen konzentrieren sich die USA auf den amerikanischen Doppelkontinent als „ihre“ Hemisphäre, was die Begehrlichkeiten betreffs Kanada und ihr Vorgehen in Venezuela erklärt. Und zum anderen wollen sie im

Fall einer langfristigen Konfrontation mit China den Rücken frei haben und nicht in Europa gebunden sein. Um den Atlantik weiter zu beherrschen, ohne in Europa präsent sein zu müssen, wollen sie Grönland (und vermutlich auch Island) unter ihre Kontrolle bringen. Eine atlantische Dominanz, die auf diese Inseln gestützt ist, bindet weniger Kräfte als es die Sicherheit Europas tut. Das läuft auf einen schrittweisen Rückzug der USA aus Europa hinaus. Offen ist nur, ob es transformatorisch oder disruptiv verläuft. Die Weltordnung wird eine andere werden, und zum Teil ist sie das bereits. Wir Europäer müssen es nur begreifen.

Herfried Münkler

ist deutscher Politikwissenschaftler und einer der bekanntesten zeitgenössischen politischen Theoretiker Deutschlands. Er gibt hier seine persönliche Auffassung wieder.

Der transatlantische Westen ist fragil geworden, und die NATO ist kein auf gegenseitigem Vertrauen beruhendes Bündnis mehr.



250 Jahre Demokratie in den USA

**Checks and Balances –
ein gefährdetes Erfolgsprinzip
einer stabilen Demokratie?**



*Das Kapitol in der US-Hauptstadt Washington, D.C.,
ist Sitz des US-Kongresses. Hier bilden Repräsentanten-
haus und Senat die US-Legislative.*

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich in ihrer Geschichte als stabile, widerstands- und anpassungsfähige Demokratie erwiesen. Ihre Geschichte war nicht konfliktfrei. Es gab immer wieder Spannungen, bis hin zu einem Bürgerkrieg. Doch die Balance der Institutionen war bisher ein Garant für eine stabile Demokratie, eine dynamische Wirtschaft und die Position der globalen Führungsmacht. Ist dieses Modell in Gefahr? Was kann Deutschland davon lernen?

Von Sascha Tamm

Vor einem Vierteljahrtausend, am 4. Juli 1776, erklärten die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Unabhängigkeit von Großbritannien. Seitdem, spätestens seit der Verabschiedung der Verfassung elf Jahre später, hat das Land eine bemerkenswerte institutionelle Stabilität demonstriert. In den 250 Jahren ihres Bestehens sind die USA zu einer politischen und militärischen Weltmacht, zu einem Staat mit gewaltiger Wirtschaftskraft aufgestiegen. Das war nicht abzusehen, als die Repräsentanten von 13 britischen Kolonien mit weniger als drei Millionen Einwohnern sich entschlossen, sich von der britischen Krone loszusagen und ein eigenes demokratisches und föderales politisches System zu schaffen.

Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück

Die Unabhängigkeitserklärung geht davon aus, dass alle Menschen mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind. Sie haben das von Gott gegebene Recht auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück. Regierungen dürfen nur mit Zustimmung der Regierten eingesetzt werden. Gerade diese letzte Überzeugung gab den Ausschlag für



↑ George Washington war Oberbefehlshaber der Kontinentalarmee, Gründervater und ab 1789 erster Präsident der Vereinigten Staaten.

den bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit von der britischen Krone und die Schaffung eigener, demokratischer Institutionen. Die Menschen in den Kolonien fühlten sich nicht ausreichend repräsentiert, sie sahen die politische Macht, die über sie ausgeübt wurde, als ungerecht an.

Bereits in den Debatten zur Unabhängigkeitserklärung und dann zur Verfassung wurden neben den einigenden Grundüberzeugungen politische Konflikte sichtbar, die bis heute prägend für das Land sind.

Es geht dabei um die Gestalt des föderalen Systems, um die Machtverteilung zwischen den einzelnen Bundesstaaten und den zentralen Institutionen, also Präsident, beiden Häusern des Parlaments und Oberstem Gerichtshof. Immer wieder wird bis heute ein Fragenkomplex diskutiert und ausgehandelt: Wer darf welche Entscheidungen treffen, wie können andere Teile des politischen Systems darauf einwirken? Welche Fragen sind Sache der Bundesregierung und des Präsidenten, welche werden dagegen auf der Ebene der Einzelstaaten oder noch niedrigeren Ebenen entschieden? Diese Fragen sind zwar in der Verfassung grundlegend geregelt, doch die Dynamik politischer Entwicklungen führt immer wieder zu neuen Herausforderungen.

Kontrollen und Ausgleich statt Machtkonzentration

In vielen Demokratien wird gern kritisiert, dass die Regierung nicht ausreichend „handlungsfähig“ sei und durch das Parlament oder die Gerichte oft blockiert würde. In den USA hingegen war die Idee der Kontrollen und

Ausgleichsmechanismen, der „Checks and Balances“, von Anfang an ein sehr wichtiges Anliegen. Die Gründerväter der USA sahen übergroße Machtkonzentration und mangelnde demokratische Repräsentation als große Gefahren für die Freiheit der einzelnen Menschen und für ein friedliches Zusammenleben.

nur sehr schwer angegangen werden können. Das ist die andere Seite der Medaille – die umso wichtiger wurde, als sich die Gründer der USA im Unabhängigkeitskrieg gegen die ehemalige Kolonialmacht befanden. Dafür waren eine klare zentrale Führung und Instrumente, um das Militär zu finanzieren,

Die zentrale Exekutive sollte ursprünglich so schwach und in ihren Kompetenzen so limitiert sein wie möglich.

Deshalb sagten sie sich vom britischen Königtum los, und deshalb gab es im ersten Jahrzehnt der Existenz der USA auch noch keinen Präsidenten. Die zentrale Exekutive sollte ursprünglich so schwach und in ihren Kompetenzen limitiert sein wie möglich.

Allerdings wurde für viele Anhänger der Unabhängigkeit schnell deutlich, dass ohne eine effektive Regierung bestimmte entscheidende Aufgaben

unverzichtbar. Die Kompetenzen, die der Präsident bei Fragen der Sicherheit und der Verteidigung hat, waren deshalb seit der Verabschiedung der Verfassung sehr umfassend. Die Notwendigkeiten des Unabhängigkeitskrieges und der Verteidigung der neu erworbenen Freiheit erforderten auch, dass der Kongress das Recht bekam, Steuern zu erheben und Schulden aufzunehmen. Die Aufgabenverteilung ist auf diesem Feld klar – nur der Kongress



Das Große Siegel der Vereinigten Staaten: Hoheitszeichen auch auf Münzen und dieser Identifikationsmarke aus dem Sezessionskrieg.

→ Bei Bentonville schlagen Unionstruppen 1865 die Konföderierten. Der Ort der Schlacht ist heute eine historische Gedenkstätte.

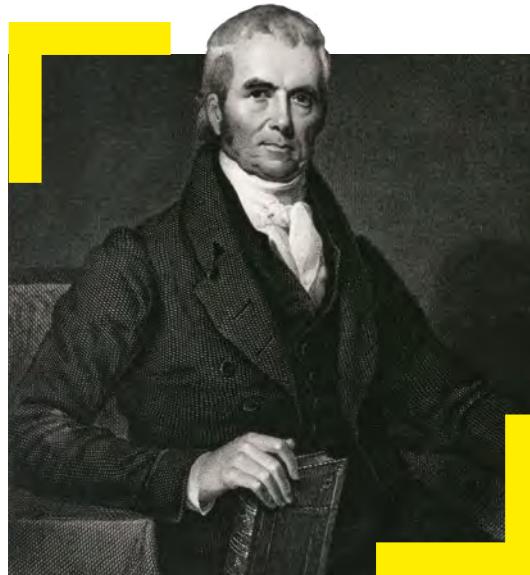


kann einem anderen Land den Krieg erklären und die Mittel dafür bereitstellen, der Präsident hat dann jedoch weitgehende Vollmachten, diesen Krieg zu führen.

Klare Regeln für Umsetzung des Freiheitsversprechens

Hinzu kam, dass die Beziehungen zwischen den einzelnen Bundesstaaten klare Regeln brauchten, damit nicht durch Entscheidungen in einzelnen Staaten das Freiheitsversprechen der Unabhängigkeitserklärung gefährdet werden konnte. Die Regelungen zur Sklaverei waren beispielsweise von Beginn an umstritten und legten den Keim für den späteren Bürgerkrieg.

Eine sehr große Rolle spielen in den USA die Verfassung und der Oberste Gerichtshof. Durch sie wird Rechtssicherheit für das ganze Land geschaffen. Sie stehen für den Schutz der individuellen Rechte aller US-Amerikanerinnen und -Amerikaner. Die mit sieben Artikeln vergleichsweise kurze Verfassung regelt die Kompetenzen der einzelnen Institutionen, grenzt sie voneinander ab und ordnet sie dem politischen Willen des Volkes, der Wählerinnen und



John Marshall gestaltete ab 1801 als „Chief Justice“ (Vorsitzender) des Obersten Gerichtshofs dessen Kompetenzen aus.

Wähler unter. Ergänzt wurde die Verfassung kurz nach ihrer Verabschiedung im Jahr 1787 durch die ersten zehn Verfassungszusätze, in denen grundlegende individuelle Rechte verbrieft werden, so etwa die „Freedom of Speech“, das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Die entsprechenden Institutionen arbeiten kontinuierlich seit der Verabschiedung der Verfassung. Sie wurden nur in Details reformiert und angepasst: So wurden die Senatoren ursprünglich nicht direkt gewählt,

sondern von den einzelnen Staaten entsandt. Bedeutende Klarstellungen und Weiterentwicklungen auf der Ebene der Verfassungszusätze gab es noch einmal nach dem Bürgerkrieg, als zum Beispiel klar festgelegt wurde, wer US-Bürger ist – die „Birthright Citizenship“, die Staatsbürgerschaft durch Geburt auf dem Territorium der USA.

Versuch der Machtausdehnung der Verfassungsorgane

Eine Tendenz, der schon die Gründerväter entgegenwirken wollten, ist der

Der Oberste Gerichtshof ist die höchste Instanz der Judikative der Vereinigten Staaten.





Der 119. Kongress versammelt sich: derzeit haben die Republikaner in beiden Kammern die Mehrheit. ↑

Hulk Hogan ist einer der prominenten Fürsprecher der Regierung Trump/Vance und trat auch im Wahlkampf auf. →



Versuch der verschiedenen Verfassungsorgane, ihre eigene Macht auszuweiten. Das betrifft insbesondere den Präsidenten. Donald Trump setzt hier nur einen Trend fort, der schon sehr lange zu beobachten ist – wenn auch der aktuelle Amtsinhaber die Grenzen immer weiter zu verschieben versucht. Mit dem Argument, er sei für bestimmte Reformen und Maßnahmen vom Volk gewählt worden, versucht er, Mechanismen des Kräftegleichgewichts zwischen Exekutive, Legislative und Judikative zu umgehen und zu schwächen.

des Systems der Checks and Balances im Sinne der Väter der Verfassung – kurzfristige Wahlentscheidungen und Interessen einzelner politischer Kräfte sollen nicht dazu führen, dass grundlegende Rechte und Strukturen gefährdet werden. Derzeit sieht es so aus, dass die institutionelle Struktur

Demokratieindex die USA nur noch als „Fehlerbehaftete Demokratie“ an. Das Vertrauen in die Institutionen geht in vielen Bereichen zurück. Umfragedaten des parteiunabhängigen Pew Research Center zeigen, dass nur noch 17 Prozent der Bürgerinnen und Bürger glauben, dass die Regierung in Washington meistens richtig handeln würde. Der Oberste Gerichtshof ist ebenfalls vom Vertrauensverlust betroffen – knapp mehr als die Hälfte der Amerikaner haben ein negatives Bild. Dagegen ist es ein Grund für Optimismus, dass Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele weiterhin von den US-Bürgern mit einer sehr großen Mehrheit abgelehnt wird.

Derzeit sieht es so aus, dass die institutionelle Struktur trotz aller oft schrillen Rhetorik des Präsidenten und seiner Anhänger stabil ist.

Das betrifft sowohl den Kongress als auch den Obersten Gerichtshof. Diesen Institutionen wirft er immer wieder vor, dem Willen der Wähler, der durch ihn vertreten wird, im Wege zu stehen. Das ist jedoch genau der Sinn

trotz aller oft „schrillen“ Rhetorik des Präsidenten und seiner Anhänger stabil ist. Trotzdem sind die Entwicklungen für viele Beobachter besorgniserregend. So sieht die renommierte Zeitschrift „Economist“ in ihrem globalen

Großer Einfluss des US-Wahlsystems auf Politik

Wie in anderen Ländern auch hat das Wahlssystem einen bedeutenden Einfluss auf die politischen Entwicklungen. Das betrifft sowohl die Präsidentschaft



Unterstützer für „Team Trump“ sind leicht erkennbar; sei es in der Wahlnacht (rechts) oder bei der Amtseinführung (oben).



als auch die beiden Häuser des Kongresses. Die USA sind in 435 Wahlkreise mit ungefähr gleichen Bevölkerungszahlen aufgeteilt, die jeweils einen gewählten Vertreter bzw. eine Vertreterin ins Repräsentantenhaus entsenden. Das erzeugt eine starke lokale Bindung, eine wirkliche Repräsentanz, die sich über das ganze Land erstreckt. Hinzu kommen zwei Senatoren bzw. Senatorinnen pro Bundesstaat, die das föderale Prinzip stärken. Allerdings hat sich ein Problem, das in diesem System angelegt ist, in den letzten Jahrzehnten verstärkt: Es gibt sehr viele Wahlkreise – mehr als 350 – in denen eine der beiden Parteien sich des Wahlsiegs relativ sicher sein kann: In einem derartigen Wahlkreis wird praktisch in den Vorwahlen der jeweils überlegenen Partei entschieden, wer ihn in Washington vertritt. Das führt dazu, dass oft Kandidaten bzw. Kandidatinnen die Oberhand gewinnen, die Positionen am Rand des politischen Spektrums vertreten. Sie sind unter

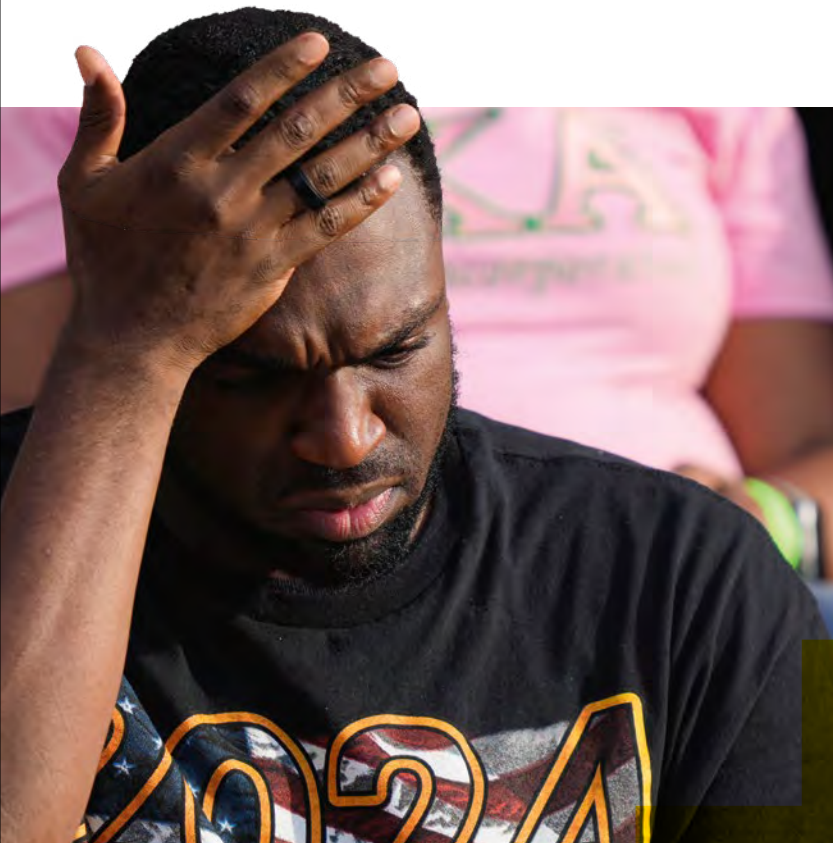
den aktiven Wählern und Wählerinnen der eigenen Partei populär, haben aber nur wenig Anziehungskraft für die politische Mitte, die somit geschwächt wird. Diese Tendenz lässt sich sowohl bei den Demokraten als auch bei den Republikanern beobachten. Damit wird der Grundkonsens in der Gesellschaft geschwächt, der auch dadurch zustande kommt, dass Politiker Positionen vertreten, die in der Mitte der Gesellschaft akzeptabel sind und nicht vor allem bei politischen Aktivisten an den Rändern.

Das faktische Zweiparteiensystem in den USA hatte lange den Vorteil,

dass beide Parteien ein sehr breites Meinungsspektrum zusammengeführt haben und über alle Konflikte hinweg auch zur Erreichung von langfristigen Lösungen und deren Legitimität beigetragen haben. Derzeit ist diese Fähigkeit stark erodiert – aufgrund der beschriebenen Polarisierung.

**Lernen aus der US-Geschichte:
Stabiles System dank stabiler
Institutionen**

Demokratien auf der ganzen Welt können viel aus der Geschichte der USA lernen – sowohl aus den Erfolgen als auch aus den Problemen und Konflikten,



↑ Kein Grund zum Feiern: ein Anhänger von Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris, nachdem die ihre Niederlage im Wahlkampf eingesteht.

Ein politisches System wird resilienter und konfliktfähiger, wenn die institutionellen Grundlagen nicht ständig verändert oder in Frage gestellt werden.

die die politische Entwicklung vorangetrieben haben. Wohl die wichtigste Lehre ist die überragende Bedeutung der Stabilität von Institutionen. Ein politisches System wird resilienter und konfliktfähiger, wenn die institutionellen Grundlagen nicht ständig verändert oder in Frage gestellt werden. Wenn die Verfassung bestimmte Dinge verbietet oder bestimmte Verfahren vorschreibt, dann sollte daran auch festgehalten werden, wenn es tagespolitisch als unpassendes Hindernis angesehen wird. Das heißt nicht, dass eine stabile Verfassungsordnung, dass das System der Checks and Balances Konflikte,

Interessengegensätze und auch Unterschiede in wichtigen Wertvorstellungen vermeidet: Diese wird es in freien und offenen Gesellschaften immer geben. Langfristig eingeübte und stabile Institutionen eröffnen Räume für Debatten, für das Austragen von Konflikten und damit für die Weiterentwicklung des politischen Systems. Es lohnt sich also, an einem ausbalancierten Institutionensystem festzuhalten – auch wenn es kurzfristig in den Augen vieler wichtige Nachteile hat, da es Prozesse verlangsamt, komplizierte Aushandlungsprozesse erfordert, das Regieren komplizierter macht.

Freund-Feind-Denken gefährdet demokratischen Prozess

Ein anderes wichtiges Feld ist die Polarisierung der politischen Debatte. Dort zeigt sich derzeit, wie gefährlich es ist, wenn im demokratischen Prozess Freund-Feind-Denken die Oberhand gewinnt. So zeigt eine Umfrage des renommierten Pew Research Center, dass die Gefühle und Haltungen gegenüber der jeweils anderen Partei deutlich negativer geworden sind. Tragfähige Kompromisse auf vielen Feldern, die für eine Gesellschaft wichtig sind, werden so erschwert. Folgerichtig ist der Anteil der Zahl der Gesetze, die mit Unterstützung beider Parteien verabschiedet wurden, deutlich gesunken.

Derartige Tendenzen sind ein Test für die Stabilität und Zukunftsfähigkeit eines Staates – es gilt immer wieder, die Mechanismen der friedlichen und produktiven Austragung von Konflikten mit neuem Leben zu erfüllen. Das ist eine Aufgabe, vor der – bei allen Unterschieden im politischen System – auch Deutschland steht. Unsere vergleichsweise junge Verfassungsordnung beruht auf vielen Erfahrungen, die andere Demokratien gemacht haben. Es gilt für die Zukunft, sowohl selbstbewusst die eigene Ordnung zu stabilisieren und weiterzuentwickeln, aber auch Gefahren und Erfolgsfaktoren aus einer per saldo so ungemein erfolgreichen und stabilen Demokratie wie derjenigen der USA nicht zu ignorieren.



Sascha Tamm

ist **Koordinierender Referent Amerika/Europa der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Sitz in Potsdam.** Er gibt hier seine persönliche Auffassung wieder.

„[...] Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören; dass zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingesetzt werden, die ihre rechtmäßige Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten [...].“

Ausschnitt aus der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776

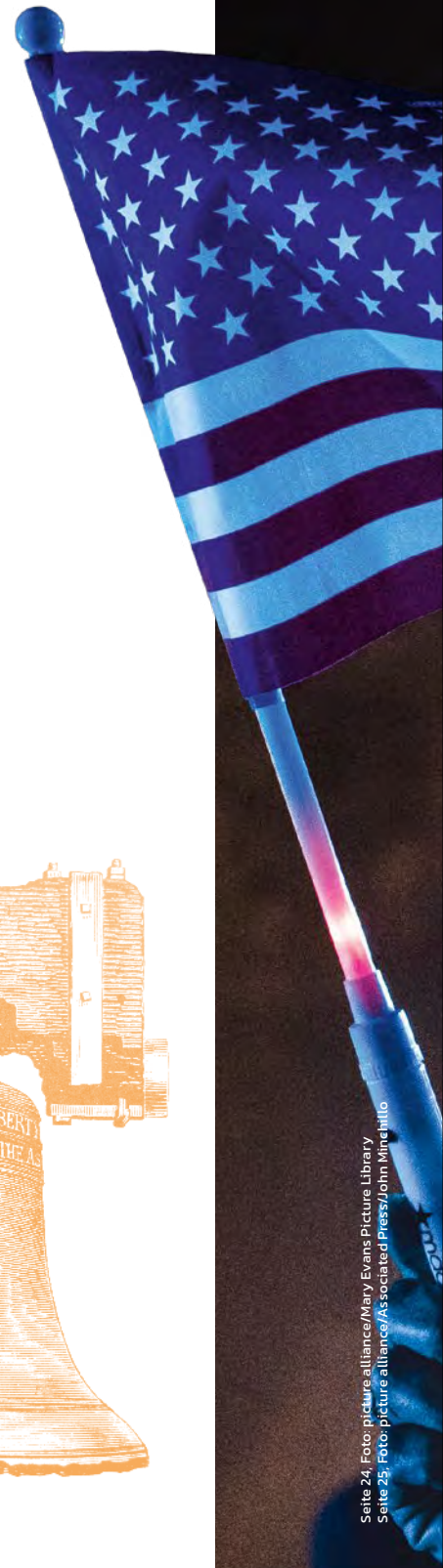
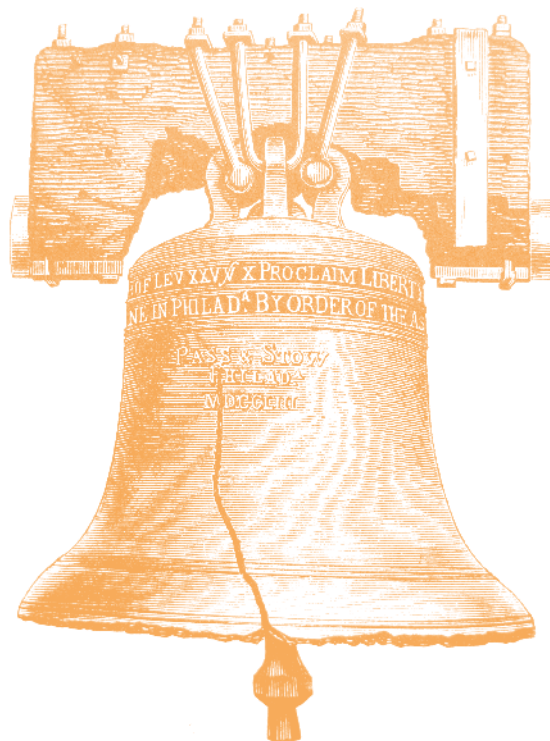
von Christoph M. Haas

Die Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 gehört zu den zentralen Gründungsdokumenten der Vereinigten Staaten von Amerika und ist darüber hinaus auch eine christlich-religiös fundierte Erklärung allgemeiner Menschenrechte. Verabschiedet vom Kontinentalkongress, einer Versammlung von Delegierten aus den damals noch dreizehn Kolonien, ist sie der erste Schritt zur Einrichtung einer neuen Regierung auf dem nordamerikanischen Kontinent.

Die Unabhängigkeitserklärung führt einzelne Gründe auf, die die Amerikanerinnen und Amerikaner veranlasst hatten, sich von der Herrschaft durch die britische Krone befreien zu wollen. Ein zentraler Grund für die Loslösung war die fehlende Repräsentation im Parlament in London und damit verbunden der Protest darüber, nicht selbst über die auferlegten Steuern mitentscheiden zu dürfen. Was folgte,

war zunächst der Unabhängigkeitskrieg (bis 1783), während dessen die „Articles of Confederation“ (siehe Seite 55 f.) als erste Verfassung der Vereinigten Staaten im Jahr 1781 ratifiziert wurden und einen Staatenbund aus nun dreizehn unabhängigen Einzelstaaten formten. Doch die neue Verfassung währte nicht lange, denn viele ihrer Klauseln – etwa

Stammt aus dem Jahr 1753: die Freiheitsglocke ist ein berühmtes Symbol für Amerika. Sie trägt die Inschrift: „Proclaim LIBERTY throughout all the Land unto all the Inhabitants thereof“.



Der 4. Juli und sein Erbe

Wie die Unabhängigkeits-
erklärung die US-Innen-
und Außenpolitik bis
heute prägt.

Zentrales Ziel der Verfassung ist es, Macht zu kontrollieren und Kompromisse zwischen den verschiedenen Organen zu erzwingen.

die zur Einstimmigkeit der Entscheidung durch sämtliche Mitgliedstaaten – machte ein effizientes Regieren unmöglich. Und so kamen 1787 erneut Delegierte aus den Einzelstaaten in Philadelphia zusammen und schrieben die bis heute gültige und nur wenig veränderte US-Verfassung, die 1789 in Kraft trat und nach wie vor vom Geiste der Unabhängigkeitserklärung getragen ist. Mit ihr wurde ein präsidentielles Regierungssystem geschaffen, das auf den Prinzipien der demokratischen Repräsentation sowie der Teilung und gegenseitigen Kontrolle der drei Gewalten aus Legislative (Kongress, bestehend aus Repräsentantenhaus

und Senat), Exekutive (Präsident und Regierung) und Judikative (Oberster Gerichtshof) sowie dem Föderalismus – also der Aufteilung von Kompetenzen zwischen dem Bund und den Einzelstaaten – fußt.

Zentrales Ziel der Verfassung ist es, Macht zu kontrollieren und Kompromisse zwischen den verschiedenen

Organen zu erzwingen. Sämtliche Regierungsgewalten sollen sich direkt oder indirekt von der Bevölkerung herleiten. Gleichwohl werden – abgesehen von den allgemeinen Wahlen zum Kongress und zum Amt des Präsidenten – direktdemokratische Elemente (zum Beispiel Volksentscheide) auf Bundesebene abgelehnt, weil eine Tyrannei der Mehrheit verhindert werden soll.



↑ Feuerwerk über dem East River und dem Empire State Building anlässlich der Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag am 4. Juli.

↓ Auftritt des „Fife and Drum Corps“ der US-amerikanischen Armee bei Präsident Donald Trumps „Salute to America“-Veranstaltung zum Unabhängigkeitstag.



Amerikanischer Exzeptionalismus

Der französische Gelehrte Alexis de Tocqueville (1805–1859) bereiste im Auftrag seiner Regierung 1831 die nunmehr schon mehrere Jahrzehnte bestehende Republik und schrieb in seinem 1835 erschienenen Buch „Über die Demokratie in Amerika“, dass man in den USA beobachten könne, was sich auch andernorts als vom Volk hergeleitete Herrschaft des Volkes durchsetzen werde.

Er bezeichnet dies als „amerikanischen Exzeptionalismus“, im Grunde als eine Ausnahmestellung mit Vorbildcharakter. Auch wenn Tocqueville schon damals die Sklaverei als das größte Problem der noch jungen Republik erkannte und

in gewisser Weise ihre bislang größte Herausforderung – den Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 – vorausahnte, so sollte er doch Recht behalten: Unter Präsident Abraham Lincoln (Reg. 1861–1865) wurde die Sklaverei abgeschafft und durch den Sieg der Nord- über die Südstaaten auch die US-Verfassung und damit auch der Gedanke aus der Unabhängigkeitserklärung bewahrt. In den Jahrzehnten danach, dem sogenannten „goldenen Zeitalter“ („Gilded Age“),



← Alexis-Charles-Henri Clérel de Tocqueville war ein französischer politischer Denker und Historiker, der vor allem durch seine Werke „Demokratie in Amerika“ (erschienen in zwei Bänden: 1835 und 1840) und „Das alte Regime und die Revolution“ (1856) bekannt wurde.

folgte ein beispielloser wirtschaftlicher Aufstieg, so dass die USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts Großbritannien als führende Wirtschaftsnation abgelöst hatten. Wie Tocqueville vermutet hatte, trugen die bürgerlichen Freiheiten zum Unternehmergeist und mit ihm verbunden zum wirtschaftlichen Erfolg und zur Prosperität der Gesellschaft bei. Die USA wurden zum Magneten für Millionen von Einwanderern aus aller

Welt – aus Deutschland etwa derer, die 1848/49 für demokratische Freiheiten gekämpft hatten oder aus wirtschaftlicher Not heraus ihr Glück auf der anderen Seite des Atlantiks suchten. Selbst wenn es heute zahlreiche Probleme hinsichtlich Einwanderung und Integration gibt, so besitzen die USA ungebrochen eine hohe Anziehungskraft auf Einwanderer, dieser Tage insbesondere aus Lateinamerika.



↑ Tintypie (Deutsch: Ferrotypie, eine traditionelle Fotografiertechnik mit einem dünnen, lackierten Metallblatt als Bildträger), eines afroamerikanischen Bürgerkriegssoldaten von 1861.

→ Präsident Abraham Lincoln mit General George B. McClellan und einer Gruppe von Offizieren.



Monroe: Keine Einmischung bis zum Ersten Weltkrieg

Mit dem wirtschaftlichen Erfolg kam auch militärische Macht. Hatten sich die USA bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts im Wesentlichen aus außenpolitischen Angelegenheiten herausgehalten, so mussten sie sich während des Ersten Weltkrieges entscheiden, ob sie diese als Isolationismus bezeichnete Form der auswärtigen Strategie beibehalten wollten. Mit Isolationismus ist damit nicht eine völlige Abkapselung gemeint, sondern eine mit Blick auf das Ausland bereits vom ersten Präsidenten

(Nord- und Südamerika) Gegenstand der Bestrebungen anderer Nationen, werden die USA intervenieren. Der Eintritt in den Ersten Weltkrieg 1917, den Präsident Woodrow Wilson (Reg. 1913–1921) gegen Widerstände im Kongress durchsetzte, bedeutete eine Abkehr von der Monroe-Doktrin.

Starke isolationistische innenpolitische Kräfte verhinderten jedoch den Beitritt zum Völkerbund, den Wilson initiiert hatte. So lehnte der US-Senat die mit dem Versailler Vertrag verbundene Mitgliedschaft in dieser neuen internatio-

„Wir sollten jeden Versuch ihrerseits, ihr System auf irgendeinen Teil dieser Hemisphäre auszudehnen, als gefährlich für unseren Frieden und unsere Sicherheit betrachten.“

Der Kernsatz der Monroe-Doktrin fordert nach Nichteinmischung europäischer Mächte in der westlichen Hemisphäre.



↑ *New Deal: Händler in einem Maklerbüro (E. A. Pierce and Company) in Chicago beobachten die Aktien, da Roosevelt eine kontrollierte Inflation angekündigt hat.*

George Washington (Reg. 1789–1797) in seiner Abschiedsrede formulierten Maxime, wonach sich die USA aus dauerhaften Allianzen anderer Länder und damit auch deren Streitigkeiten heraushalten sollen. Ausgehend von dieser Einschätzung verkündete 1823 Präsident James Monroe (Reg. 1817–1825) seine nationale Strategie, die als Monroe-Doktrin bekannt wurde. Die Vereinigten Staaten mischen sich ihr zufolge nicht in Angelegenheiten anderer (europäischer) Nationen ein; ist jedoch der amerikanische Kontinent



↑ *Völkerbundsverhandlungen in Genf: Aristide Briand (l.), J. A. Chamberlain (2. v. l.), Eduard Benesch (2. v. r.) und andere Verhandlungsteilnehmer.*

nen Organisation ab und somit zogen sich die USA aus der Beteiligung an der europäischen Politik wieder zurück. Im Zuge der großen Depression der 1920er Jahre verstärkten sich die isolationistischen Tendenzen sogar und kulminierten etwa 1930 im Smoot-Hawley Act, der Zölle auf Importe auf Rekordniveau anhub, um die heimische Wirtschaft

vor Konkurrenz zu schützen. Das Gesetz wirkte sich massiv auf den US-Außenhandel aus und verstärkte die Weltwirtschaftskrise. Unter Präsident Franklin D. Roosevelt (Reg. 1933–1945) wurde das Gesetz im Rahmen seines New Deal-Programmes aufgehoben und Freihandel zum neuen Dogma der Außenhandelspolitik.

Neue Güterwagen für Deutschland: Auf dem Bahnhof von Furth im Wald sind 75 Waggon eingetroffen, gekauft mit Mitteln des Marshall-Plans in der ehemaligen Tschechoslowakei. Der Gesamtauftrag umfasste 3.480 Güterwagen im Wert von 57 Millionen Dollar.



↑ George Catlett Marshall: im Zweiten Weltkrieg Stabschef der US-Armee und später als Außenminister Entwickler des Marshall-Plans.

ihm benannten Doktrin von 1947 formuliert wurde. Gemäß ihr sollte es die Politik der USA sein, freie Völker gegen innere Unterdrückung oder äußere Einflussnahme durch andere Staaten zu unterstützen. Im Kern bedeutete diese zuvorderst gegen die Sowjetunion gerichtete Strategie nichts anderes als den Rückgriff auf die eigene Unabhängigkeitserklärung, indem anderen Staaten bei der Einrichtung einer demokratischen Herrschaftsform Unterstützung geleistet werden sollte.

Der Marshall-Plan steht beispielhaft für diese Idee und so profitierte insbesondere auch Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg von diesem wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramm, das gleichwohl auch mit dem politischen Ziel der Demokratieförderung verknüpft war. Nicht zuletzt waren derartige Programme auch förderlich für die eigene Wirtschaft und das Wohlstandswachstum.

Nach dem Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 seitens Japans und dem unter anderem damit verbundenen Eintritt in den Zweiten Weltkrieg fand der Isolationismus trotz immer noch vorhandener Vorbehalte fürs Erste ein

Ende. Aus der Einsicht, dass sich die USA nicht mehr aus den Angelegenheiten der Welt heraushalten konnte, folgte die Strategie des Interventionismus, die von Präsident Harry S. Truman (Reg. 1945–1953) in einer fortan nach

↓ Tödliche Überraschung aus der Luft: Die kaiserliche japanische Marine greift den US-amerikanischen Marinestützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii am Morgen des 7. Dezember 1941 an.



Zwischen Isolationismus und Interventionismus

Das Ende des Kalten Krieges schien die Aufrechterhaltung eines ähnlich engagierten außenpolitischen Handelns weniger erforderlich zu machen und so wurden in den USA isolationistisch gefärbte Rufe lauter, sich verstärkt inneren Problemen zuzuwenden.



9/11: Die Twin Towers des World Trade Centers in New York brennen am 11. September 2001, nachdem zwei Flugzeuge in die Türme gerast sind.

Aus heutiger Sicht erscheint die nach den Anschlägen des 11. September 2001 nach Präsident George W. Bush (Reg. 2001–2009) benannte Doktrin zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus unter Führung der USA ein interventionistisches Intermezzo und kurzzeitiges Verstummen des Isolationismus gewesen zu sein. Der

nicht erst von Präsident Barack Obama (Reg. 2009–2017), aber von ihm ganz dezidiert formulierte Schwenk der Aufmerksamkeit der USA nach Asien („Pivot to Asia“) und dort insbesondere China, aber auch die seither stetigen Aufforderungen aus der US-Politik an die Europäer, mehr Verantwortung etwa in der Unterstützung und Finanzierung der NATO zu übernehmen, sind auch keine Alleinstellungsmerkmale von Präsident Donald J. Trump (Reg. 2017–2021 u. ab 2025), wenngleich von ihm weniger zurückhaltend vorgetragen als von den Präsidenten Bush, Obama oder Joe Biden (Reg. 2021–2025). Un-

abhängig von solchen konkreten Beispielen pendelt die US-Außenpolitik also zwischen den Positionen des Isolationismus und des Interventionismus. Im Rückblick auf die Unabhängigkeitserklärung bedeutet dies, dass sich die USA in dem einen Fall eher als passives Vorbild, im anderen Fall als aktiver Garant demokratischer Ideale sehen. Welche Färbung dabei deutlicher zutage tritt, hängt von den jeweiligen (partei-)politischen Konstellationen in den USA und vom Amtsinhaber im Weißen Haus ab.

Im Blick auf die auch mit dem in der Unabhängigkeitserklärung formulierten Gedankengut etablierten Demokratien in Europa heißt das, dass der „alte“ Kontinent sich wegen solcher möglichen Pendelschläge unabhängiger, aber auch selbstbewusster geben muss – gerade auch dann, wenn er sich selbst der Tradition der Freiheits- und Gleichheitsideale der Declaration of Independence verpflichtet sieht.

Seite 30. Fotos: picture alliance/Associated Press/Louis Lanzano, privat
Seite 31. Fotos: iStock/FeelPic, Wikimedia/PPD/Library of Congress x2/Gilbert Stuart x2, John Vanderlyn x2, /Thomas Sully, /George Peter Alexander Healy x6, /Albert Gallatin Heit, James Lambdin, /ppmsca19301/Alexander Gardner, /cwpbh03751/Matthew Brady x4, /cph.3a53294/Charles Milton Bell, /cph.3a53297/Napoleon Sarony x2, /cph.3a02269, /cph.3a53298, /cph.3c17121/Elias Goldensky, /ppbd.1614/The White House/Daniel Torok Wikimedia/PPD/Rembrandt Peale, /c4442/Lyndon Baines Johnson Presidential Library and Museum/Arnold Newman, /Ford Library & Museum/A0381/David Hume Kennerly, /White House, /NARA/530679, /NARA/532050, /NARA/558522, /NARA/58-766-09/Harry S. Truman Library & Museum, /NARA/194255/White House/Cecil Stoughton, /NARA/291643880/David Valdez, /DOD/030114-0-00000-001/Eric D. Rapier, /DOD/DA5C9003096, /The White House/DD-5C-93-04622/Bob McNeely, /The White House/PT20612PP5-0463/Pete Souza, /The White House/Shealah Craighead, /The White House/Adam Schultz

Lesetipps:

Adams, Willi Paul/Adams, Angela (Hrsg.). Die Amerikanische Revolution und die Verfassung 1754–1791, München 1987.

Fluck, Winfried.

American Exceptionalism. Vom Exceptionalismus der Werte zu einem Exceptionalismus der Stärke, in: Lammert, Christian / Siewert, Markus B. / Vormann, Boris (Hrsg.). Handbuch Politik USA, 3. Aufl., Wiesbaden 2024, S. 19–38.

Haas, Christoph M./Koschut, Simon/Lammert, Christian.

Politik in den USA. Institutionen – Akteure – Themen, Stuttgart 2018.



Dr. Christoph M. Haas

ist Akademischer Oberrat am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Er gibt hier seine persönliche Auffassung wieder.

Die 47 Präsidenten der USA





Von Monroe zu Donroe

**Die USA und die NATO:
Amerikanische
Sicherheitspolitik
in der Ära Trump**

Die NATO-Alliierten sind in der Ära Trump Zeugen einer Neubewertung der Globalpolitik seitens der USA. Auf politisch-diplomatischer und medialer Ebene dominiert die Wahrnehmung, US-amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik habe unter Trump eine neue Qualität angenommen. Doch die Analyse der Lage unter Einbezug der militärischen Perspektive zeigt, dass sich vielmehr Ausmaß und Ausrichtung der US-Globalpolitik rasant und nachhaltig verändern.

Von Tobias Endler

„Um es klar zu sagen: Wir befinden uns mitten in einem Bruch, nicht in einem Übergang.“ Am 20. Januar 2026 hält der kanadische Premierminister eine Rede, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriglässt. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos gibt Mark Carney die sprichwörtliche Zurückhaltung auf, die vielen Kanadiern eigen ist – und mittlerweile in Abgrenzung zur Rhetorik des Präsidenten ihres südlichen Nachbarlandes auch heilig.

Der kanadische Premier spricht offen aus, womit sich die europäische und vor allem auch die deutsche Spitzenpolitik noch immer schwertut. Wenn man seiner Rede genau zuhört, benennt er jedoch vor allem präzise den Charakter dieser „rupture“ auf dem Globus. Der „Bruch“ hängt direkt mit der Neubewertung der Globalpolitik seitens der USA zusammen. Sie richtig zu vermessen, ist für die Einordnung der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen elementar.

Die Tiefenschärfe der militärischen Perspektive

Amerika und seine Haltung zur NATO besser „lesen“ zu lernen, heißt, eine Lesart jenseits der politisch-diplomatischen Ebene stärker in politische Entscheidungen einzubeziehen – und diese prominenter als bislang ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Die „Tiefenschärfe“ der militärischen Sicht auf die Lage ist ein starkes Kapital, das unser Land bislang zu wenig nutzt. Sicherheitspolitische Verantwortlichkeiten „on the ground“ wie jüngst bei der Entsendung von Bundeswehrosoldatinnen und -soldaten nach Grönland schärfen unvermeidlich den Blick der Mittelmacht Deutschland gegenüber Großmachtgebaren. Zur Bewertung des Gesamtbildes ist diese Perspektive unverzichtbar – und wichtiger denn je. Hierbei sind drei Dimensionen für die umfassende Vermessung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik zentral.



↑ „Nostalgie ist keine Strategie“: In seiner vielbeachteten Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2026 spricht der kanadische Premierminister Mark Carney Klartext mit Blick auf Europas Rolle in der Weltordnung.

Dreidimensional: Amerikanische Sicherheitspolitik vermessen

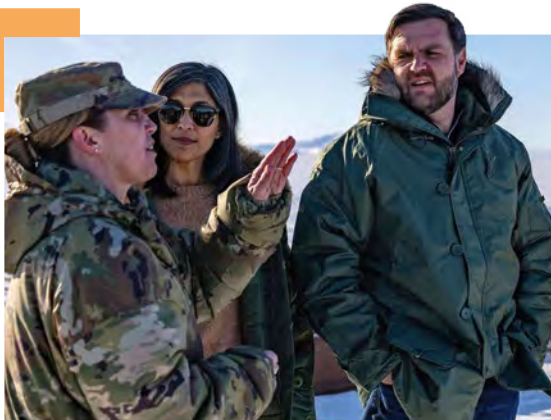
Erstens, die Dimension der Qualität: Welche weltanschauliche „Farbe“ hat die US-Sicherheitspolitik aktuell? Welches Wertebild wird sichtbar, nicht zuletzt in der Rhetorik? Trumps Außenpolitik in der ersten Amtszeit war „foreign policy from the back seat“: Außenpolitik „vom Rücksitz“, der ablehnenden Haltung in der US-Bevölkerung gegenüber neuen globalen Engagements ihres Landes geschuldet. In seiner zweiten Amtszeit sitzt der US-Präsident am Steuer und schert sich wenig um die internationalen „Verkehrsregeln“. So dominiert er das

wirtschaftspolitische World Economic Forum mit seiner sicherheitspolitischen Agenda und der Grönland-Frage, wie er zuvor umgekehrt die sicherheitspolitische Allianz der NATO aus wirtschaftspolitischen und faktisch kaufmännischen Motiven bis hin zur Infragestellung des Bündnisfalls auf die Probe stellt. Die ideologische Verhärtung in Trumps engstem Kreis,

Drittens, die Dimension der Direktion, das heißt der Ausrichtung: Wer wird durch die US-Außen- und Sicherheitspolitik fokussiert, und wie erfolgt die Zuordnung zu Freund und Feind? Die aktuelle Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) vom Dezember 2025 sowie die Nationale Verteidigungsstrategie (NDS) vom Januar 2026 nehmen vorrangig und hochkritisch die europäi-

Jenseits des Spektakels: Kontinuität in der Qualität

Die Dimension der Qualität ist nicht diejenige, die sich entscheidend während der beiden Amtszeiten Trump gegenüber seinen Vorgängern verändert hat. Aufgrund des Auftretens des US-Präsidenten mag dies den Anschein haben, zumal er öffentlichkeitswirksam die Leitlinien der Außenpolitik



← Auf der Pituffik Space Base: Vizepräsident JD Vance und seine Ehefrau Usha Vance zu Besuch auf Grönland im Januar 2026.



↑ Idyllisch: der Stadtkern der grönländischen Hauptstadt Nuuk. Laut US-Präsident Trump ist Grönland entscheidend für die Sicherheit der USA.

Vize JD Vance, Chefberater Stephen Miller, kaum weniger ausgeprägt auch bei Kriegsminister Pete Hegseth und Außenminister Marco Rubio verschärft das Problem zusehends.

Zweitens, die Dimension der Quantität: Welches Ausmaß hat die Sicherheitspolitik, etwa in Bezug auf aufgewandte Ressourcen wie das Verteidigungsbudget, aber auch den fokussierten geographischen Handlungsradius? Wie grundsätzlich sind die seitens der USA angestrebten „Umbaumaßnahmen“ in Bezug auf das globale sicherheitspolitische Gerüst? In Trumps erster Amtszeit befürchteten die Alliierten, so James M. Lindsay vom Council on Foreign Relations, die USA würden die NATO verlassen; nun besteht die Hauptsorge darin, dass die USA die NATO zerstören.

schon Alliierten ins Visier. Amerikas strategische Rivalen im Kampf um Einfluss-Sphären der Geopolitik des 21. Jahrhunderts werden vergleichsweise zurückhaltend behandelt: Russland gilt im Unterschied zur NDS 2022 nicht mehr als „akute Bedrohung“; China soll laut der neuen NSS „nicht-konfrontativ“ über „realistische Diplomatie“ eingeeht werden.

und als Oberster Befehlshaber der Streitkräfte qua Amt auch die Sicherheitspolitik bestimmt. Vielmehr steht die Trump'sche Außen- und Sicherheitspolitik in der Tradition offensiv ausgerichteter US-Außenpolitik, die auf der Demonstration überlegener Macht basiert. Sie hat unverändert die fortlaufende Erschließung als auch die nachhaltige Sicherung des globalen



Monroe-Doktrin: US-Präsident James Monroe (1758-1831) skizzierte am 2. Dezember 1823 in seiner Rede zur Lage der Nation vor dem Kongress die langfristige Außenpolitik der USA. Das Prinzip der Nichteinmischung in europäische Konflikte und die Forderung nach dem Ende aller Kolonialisierungsbestrebungen in der westlichen Hemisphäre stehen dabei im Zentrum.



↑ Im Schulderschluss: Soldatinnen und Soldaten üben regelmäßig bei NATO-Manövern, um die Bündnisverteidigung zu trainieren - hier im Bild ein britischer und ein US-amerikanischer Soldat.

US-amerikanischen Aktionsradius zum Ziel. Dieser außenpolitische Ansatz der USA beinhaltet immer schon die Verschränkung von Sicherheits- und Handelspolitik.

Drei goldene Linien der US-Außenpolitik

Der amerikanische Historiker John Lewis Gaddis skizziert schon vor mehr als zwanzig Jahren prägnant drei Elemente, die das außenpolitische Agieren der USA seit jeher bestimmen. Erstens, der Anspruch auf Hegemonie mindestens in der westlichen Hemisphäre und potenziell weltweit. Zweitens, das proklamierte Recht auf Unilateralismus, also des souveränen Handelns ohne vorherige Absprache mit Alliierten. Kein amerikanischer Präsident des 21. Jahrhunderts hat es im Einzelfall für nötig befunden, die Zustimmung anderer Nationen oder gar einer supranationalen Institution wie der NATO oder der UNO einzuholen. Drittens, und in deutschen Augen am problematischsten, das Prinzip der Prävention bzw. „preemption“: Gegner sowie auch potenzielle Gegner auszuschalten, bevor diese den USA gefährlich

werden können, und zwar nicht erst unmittelbar, wenn eine Gefahr identifiziert wird, sondern auch strategisch im Vorhinein. Donald Trump – der den entschiedensten Vertreter dieses Vorgehens, den 7. Präsidenten der USA Andrew Jackson, zu seinem Vorbild erkoren hat – agiert auf Linie mit allen drei Elementen. Neu ist somit nicht die Qualität des Handelns der Trump-Regierung – auch wenn manche deutsche Beobachter von: „Hyper-Imperialismus“, „Mega-Imperialismus“ usw. sprechen. Neu sind stattdessen die Quantität und die Direktion. Beides lässt sich schwarz auf weiß an den beiden zentralen Dokumenten US-amerikanischer Geopolitik ablesen, die jüngst erneut veröffentlicht wurden: der NSS und – faktisch folgenschwerer – der NDS.

Neue National Security Strategy und National Defense Strategy

Die Monroe-Doktrin von 1823, eine frühe „Nationale Sicherheitsstrategie“ der noch jungen Vereinigten Staaten, proklamierte die Selbstbestimmtheit der Nation und die Abwehr europäischer Kolonisierungsbestrebungen.

Zwei Jahrhunderte später steht die NSS von 2025 als „Donroe-Doktrin“ sinnbildlich für Donald Trumps aggressive Ausweitung der Prinzipien der Monroe-Doktrin – in Bezug auf Quantität und Direktion. „Donroe“ zwingt Nachbarländer, Massenmigration in die Vereinigten Staaten zu verhindern und im Kampf gegen „Narco-Terroristen“ (umgangssprachlich für Drogenhändler) mit den USA zusammenzuarbeiten. Ferner sieht „Donroe“ eine Hemisphäre – auch jenseits der Amerikas – vor, die „frei von feindlichen ausländischen Übergriffen oder der Übernahme wichtiger Vermögenswerte bleibt und die kritische Lieferketten unterstützt.“ Die Entkoppelung, also „disengagement“, speziell von Europa könnte Deutschland und die anderen traditionellen Verbündeten der USA teuer zu stehen kommen. Auf US-amerikanische Initiative hin wird absehbar das militärische Oberkommando auf einen Europäer, womöglich einen Deutschen, übergehen: eine Konstellation, die es seit der Gründung der NATO nicht gab. Die militärstrategische Verantwortung für alle NATO-Operationen in der Rolle des SACEUR ist eine Gestaltungschance.



↑ Im Oval Office mit Präsident Trump: Kriegsminister Pete Hegseth mit Senator Dan Sullivan (rechts im Bild) und Senator Kevin Cramer bei der Präsentation des Raketenabwehrsystems „Golden Dome for America“.

3 + 1,5

Sie ist jedoch gleichzeitig eine Hintertür für die US-Seite, im Fall eines militärischen Konflikts, der das Verantwortungsgebiet der NATO berührt, zurückzustehen; die bislang faktisch geltende Selbstverpflichtung zur Führung aufgrund der US-Leitung gälte nicht mehr.

Während die NSS nicht zuletzt ein Dokument zur „Sprachregelung“ auch für die inneramerikanischen Behörden darstellt, handelt es sich bei der Nationalen Verteidigungsstrategie um einen konkreten Leitfaden für alle relevanten Sicherheitsfragen und damit anstehenden Entscheidungen im Pentagon und Weißen Haus. Die NDS verfolgt ein nicht mehr länger auch nur minimal diplomatisch verbrämtes „America First“-Programm. An erster Stelle steht die Heimatverteidigung inklusive „Golden Dome“-Raketenabwehrschirm, flankiert durch die Delegation der Hauptverantwortung für die konventionelle Verteidigung Europas an die Europäer selbst. Forderungen nach höheren Verteidigungsausgaben der NATO-Partner fallen nicht nur drastisch aus – mindestens 3 Prozent des BIP, plus mindestens 1,5 Prozent für Infrastruktur, perspektivisch noch mehr – sondern sind als verbindliche Forderungen angeführt. Dies ist fundamental verschieden von einem bislang zunehmend vehementem Bestehen der USA auf die Einhaltung der Selbstverpflichtung, welche die Teilnehmenden des NATO-Gipfels in Wales 2014 eingegangen waren. Keinesfalls zu unterschätzen ist die im Untertitel des Dokuments formulierte Ideologie, die „Frieden durch Stärke“ herstellen will. Die direkte Verschränkung von Amerikas Geopolitik und innenpolitischen Eigeninteressen lässt keinen Zweifel: Ganz im Sinne von Trumps Nullsummenspiel-Logik müssen andere Nationen „verlieren“, um den Vereinigten Staaten zu einem Netto-Gewinn zu verhelfen: „America’s

3 Prozent des BIP sollen die NATO-Bündnispartner für Verteidigung plus mindestens 1,5 Prozent für Infrastruktur ausgeben.

Golden Age“ ist in dieser Lesart ein Zeitalter US-amerikanischer Dominanz auf allen Feldern, basierend auf, jedoch keinesfalls beschränkt auf militärische Dominanz.

Der Blick fürs Wesentliche in einer Welt strategischer Unberechenbarkeit

Die übermäßige Fixierung der deutschen Politik sowie Medien auf die Person Trump beziehungsweise die Trump-Regierung und deren kontrollvers-provokatives Auftreten verschleiern den Blick dafür, dass es qualitativ bis heute vergleichsweise konventionell entlang der etablierten Linien der US-Außenpolitik zugeht. Dabei gehen die entscheidenden Veränderungen in den Dimensionen der Quantität und Direk-

tion über dem Schreckensszenario der vermeintlich rabiater veränderten Qualität verloren. Letztere beinhaltet die strategische Unberechenbarkeit, welche die Trump-Regierung bewusst einsetzt, um die eigene Verhandlungsposition zu stärken. Bleibt Deutschland in dieser Dimension verhaftet, kann es in Bezug auf Sicherheitsfragen im Allgemeinen und die NATO im Speziellen stets nur reagieren, aber nicht in die Rolle des aktiv Agierenden treten.

Was die Dimension der Direktion betrifft, ist bis auf Weiteres eine direkte militärische Konfrontation zwischen den USA und anderen NATO-Mitgliedern unwahrscheinlich. Hochgradige Spannungen innerhalb des Verteidigungsbündnisses binden jedoch Aufmerksamkeit und Ressourcen, die gegenüber strategischen Gegnern außerhalb des Bündnisses fehlen. Sobald es auf US-Seite ausreichend starke Eigeninteressen gibt, sowohl innerhalb

offensiver aufzutreten als bisher: China in Bezug auf den Westbalkan, Russland in Bezug auf die baltischen Staaten.

Nostalgie ist keine Strategie

„Nostalgie ist keine Strategie“, so der kanadische Premierminister Carney gegen Ende seiner Rede in Davos zu Jahresbeginn 2026. Carney hat recht. Zur Nostalgie hierzulande gehört häufig, die Qualität US-amerikanischer Außenpolitik der Vergangenheit falsch zu erinnern. Dieser Wahrnehmungsfehler hängt mit unserer jahrzehntelangen Gewöhnung an den US-amerikanischen Sicherheits-Schutzschirm zusammen, die uns das Eigeninteresse in der Außen- und Sicherheitspolitik der Supermacht tendenziell unter-, und ihre Schutzbereitschaft überschätzen lässt. Eine Strategie besteht dagegen darin, die grundsätzliche Verschiebung in der Quantität und Direktion der US-Außenpolitik realistisch einzuordnen – und die Notwendigkeit der militärischen Selbstermächtigung in der modernen Welt anzuerkennen. Die USA untermauern in der Ära Trump ihren globalen Machtanspruch. Vom globalen Ordnungsanspruch hat sich die „indispensable nation“, also die „unverzichtbare Nation“ – der Begriff geht auf die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright in den 1990er Jahren zurück – verabschiedet.



↑ Feiern zum 25. Jahrestag des Beitritts Polens zur NATO: Soldatinnen und Soldaten der polnischen Armee bei einem Antreten.

Die militärische Perspektive hingegen erschließt Entscheidendes in Bezug auf Quantität und Direktion. Quantitativ müssen wir uns darauf einstellen, dass die amerikanische Seite zunehmend offen alternative Verteidigungsbündnisse jenseits der NATO diskutiert, etwa das US-geführte „Board of Peace“, formal im Rahmen des WEF 2026 gegründet, oder auch eine „NATO à la carte“ mit ausgewählten Beteiligten. Beide Modelle – auch das ist ein Teil der quantitativen Dimension – beeinflussen direkt den Sicherheitsradius, den Europa künftig eigenständig abzudecken hätte: es genügt ein Blick auf die ausgewählte Gruppe der Erstunterzeichner-Nationen.

des NATO-Gebietes als auch außerhalb (Taiwan, Nordkorea, Venezuela, Kolumbien, Irak, Iran), wird das größte – und Stand heute faktisch unverzichtbare – NATO-Mitglied mindestens nicht in Abstimmung, womöglich sogar gegen die Interessen der anderen Mitglieder agieren. Unter Trump primär aus einem nüchternen Kosten-Nutzen-Kalkül heraus, unter einem möglichen Nachfolger JD Vance oder Pete Hegseth vorrangig aus weltanschaulichen Motiven, jedoch mit denselben Konsequenzen für alle anderen. Diese müssen sich zudem darauf einstellen, dass sich systemische Gegner außerhalb der NATO hierdurch ermächtigt fühlen, gegenüber Europa



Dr. Tobias Endler

ist USA-Experte und Politikwissenschaftler. Langjährige Lehr- und Forschungstätigkeit an der Universität Heidelberg und der Yale University, USA. Heute selbstständiger Consultant.

Er gibt hier seine persönliche Auffassung wieder.

Wie die Vereinigten Staaten von Amerika die frühe Bundesrepublik prägten

Aus Besatzern wurden Beschützer. Der Kalte Krieg und die kluge Politik der ersten Bundesregierung unter Konrad Adenauer legten das Fundament für die deutsch-amerikanische Verbundenheit.

von Harald Biermann

Die US-amerikanischen Sieger kamen nicht als Befreier. Bereits im April 1945 – also Wochen vor der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 – legten die Vereinigten Stabschefs mit dem Dokument JCS 1067 die Grundzüge der US-amerikanischen Besatzungspolitik fest.

Der Grundtenor war klar: Völlige Entmachtung und Zerschlagung des nationalsozialistischen Herrschaftsapparats, vollständige Übernahme der Exekutivgewalt auf allen staatlichen Ebenen sowie tiefes Misstrauen gegenüber der deutschen Bevölkerung, die aus US-amerikanischer Sicht Adolf Hitler willig bis in den Untergang gefolgt war. Den mehr als 1,5 Millionen US-amerikanischen Soldaten, die siegreich in das Deutsche Reich einmarschiert waren, wurden darüber hinaus jegliche freundschaftlichen Kontakte zur deutschen Zivilbevölkerung untersagt.

Dieses Fraternisierungsverbot stieß schnell an menschliche Grenzen, denn sowohl das Leid – vor allem der Kinder – als auch die Anziehungskraft der „Fräuleins“ führten dazu, dass viele G.I.s, also einfache Soldaten der US-Streitkräfte, rasch ihr Herz erwärmten oder sogar verloren. Mitleid und Zuneigung wurden von Teilen der deutschen Gesellschaft rasch aufgegriffen. Denn unter den vier Besatzungsmächten (USA, Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion) stellten sich die USA als diejenige Militäradministration heraus, die zwar nicht mit leichter Hand regierte, die aber doch mit Augenmaß vorging. Vor allem der Blick in den Osten, in die Sowjetische Besatzungszone, ließ die Deutschen erschauern. Massenvergewaltigungen und staatliche Willkür bei der Verfolgung mutmaßlicher Nationalsozialisten warfen ein vergleichbar mildes Licht auf alle US-amerikanischen Maßnahmen zur Durchsetzung ihrer Besatzungsherrschaft.

Deutsches Fräuleinwunder

Der Begriff des „Fräuleins“ hat seinen Ursprung in den 1950er Jahren in den USA. Er war ein Synonym für junge, attraktive und selbstbewusste Frauen im Westdeutschland der Nachkriegszeit, vor allem der „Wirtschaftswunderzeit“. Das Berliner Mannequin Susanne Erichsen, das 1950 die erste Miss Germany-Wahl der Bundesrepublik gewann, reiste nach ihrer Wahl als „Modebotschafterin“ in die USA. Dort feierten die Amerikaner sie als „deutsches Fräuleinwunder“. Im Nachkriegsdeutschland bezeichnete man auch diejenigen Frauen so, die für die US-Armee tätig waren und/oder private Beziehungen mit US-Soldaten unterhielten.



Das Zerschlagen der Anti-Hitler-Koalition

Die gemeinsame Verwaltung Deutschlands durch die Hauptsiegermächte scheiterte schon in ihren Anfängen. Zu groß waren die politischen, wirtschaftlichen und auch ideologischen Unterschiede zwischen den drei Demokratien im Westen und der kommunistischen Diktatur unter Josef Stalin im Osten. Der einsetzende Kalte Krieg war für die Deutschen im Westen ein historischer Glücksfall, denn unter der Führung der Vereinigten Staaten mussten die drei Westalliierten sich nun um die

Gunst der Bevölkerung bemühen. Sichtbarster Ausdruck dieses Wandels war der Beginn der Luftbrücke Ende Juni 1948. Nachdem die Sowjetunion die Zufahrtswege zu Land und auf dem Wasser in die drei Westsektoren Berlins abgeriegelt hatten, begannen die Westalliierten, die nun geteilte Stadt aus der Luft zu versorgen. Diese gewaltige Anstrengung bewirkte in der westdeutschen Bevölkerung einen fundamentalen Meinungsumschwung: Aus Besatzern wurden Beschützer. Hinzu trat, dass auch auf der obersten staatlichen Ebene eine Dynamik ein-

setzte, welche letztendlich am 23. Mai 1949 zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland führte. Die USA unter Präsident Harry S. Truman waren nur vier Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg zum Geburtshelfer der zweiten Demokratie in Deutschland geworden.

Wegbereiter dieser Entwicklung waren zum einen staatliche Programme und zum anderen die Strahlkraft des American Way of Life. Gezielte Um-erziehungsprogramme (Re-Education) vor allem für Kinder und Jugendliche und der Aufbau von Amerika-Häusern



← Berliner Luftbrücke: Die Sowjetunion blockiert ab dem 24. Juni 1948 alle Landwege nach Berlin. Mit C.A.R.E.-Paketen, die Lebensmittel wie Milchpulver, Zucker, Kaffee, Corned Beef, Schokolade und Rosinen (daher der umgangssprachliche Begriff „Rosinenbomber“ (raisin bomber) für alle Flugzeuge der Alliierten während der Blockade) sowie weitere Hilfsgüter enthielten, versorgen die Alliierten die Stadt aus der Luft.



↑ Airlift's Birthday: US-amerikanische Piloten schmücken anlässlich des einjährigen Jubiläums der Luftbrücke ihr Flugzeug. Offiziell aufgehoben wurde die Berlin-Blockade am 12. Mai 1949.

← Stadtplan von Berlin: Eingezeichnet sind die Einflugschneisen der drei westalliierten Fluggesellschaften (Pan Am, British Airways und Air France).



Die USA unter Präsident Harry S. Truman waren nur vier Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg zum Geburtshelfer der zweiten Demokratie in Deutschland geworden.



↑ Erste Deutschland-Tournee: Der US-amerikanische Jazz-Trompeter Louis Armstrong spielt zum Spaß auf einer Kindertrompete, als er in Düsseldorf empfangen wird.

in vielen Großstädten verbanden sich mit attraktiven kulturellen Angeboten. Amerikanische Musik – in dieser Zeit vor allem Jazz – und amerikanische Literatur – von Hemingway und Faulkner bis Steinbeck und Capote – eröffneten neue Horizonte und vermittelten ein neues Lebensgefühl. Kaum zu überschätzen sind zudem die Austauschprogramme, die aufstrebenden deutschen Studentinnen und Studenten Aufenthalte an US-amerikanischen Universitäten ermöglichten. Diese Langzeitstipendien wirkten sich in ihrer übergroßen Mehrheit äußerst positiv auf das Amerika-Bild der Teilnehmer und – wenigen – Teilnehmerinnen aus.

Gleichwohl bleibt an dieser Stelle anzumerken, dass dieser gesamte Annäherungsprozess an den American Way of Life stets von zum Teil beißender Kritik begleitet worden war. Vor allem konservative Kommentatoren beklagten Vermassung, Verflachung und Vergötterung des Mammons. Diese ablehnende Grundhaltung verstärkte sich abermals, als deutsche Jugendliche Comics für sich entdeckten. Diese Bildergeschichten um Mickey Mouse, Donald Duck

und Superman wurden in großen Teilen der älteren westdeutschen Gesellschaft als Fanal zum „Untergang des Abendlandes“ (Oswald Spengler) verstanden. Als dann 1955 Englisch als erste Fremdsprache in allen weiterführenden Schulen eingeführt wurde, war dies für die Kritiker der endgültige Abschied von der deutschen Kultur.

Das amerikanische Truppen-Radio AFN war die erste Station, die Rock'n'Roll nach Deutschland brachte.

US-Truppen als Botschafter

Die US-amerikanischen Soldaten, die ab September 1950 zahlreich in der Bundesrepublik stationiert wurden – während des Kalten Krieges zwischen 220.000 und 300.000 Mann – waren nicht nur ein essentieller Baustein der militärischen Verteidigung gegen die Bedrohung aus dem Osten, sondern eben auch Botschafter des American Way of

Life. Lässigkeit – später Coolness genannt – war ein wichtiger Bestandteil des Auftretens. Das US-amerikanische Truppen-Radio – AFN – wurde zur ersten Adresse für Liebhaber mitreißender Rhythmen. Der Sender war die erste Station, die Rock'n'Roll nach Deutschland brachte. Auch der RIAS Berlin (Rundfunk im amerikanischen Sektor), 1946 gegründet von der amerikanischen Militäradministration, prägte den Musikgeschmack der Deutschen und war als „freie Stimme der freien Welt“ zudem politisch von Bedeutung.

Die musikalischen Helden der jungen Deutschen waren nun Bill Haley und vor allem Elvis. Ohne zunächst registriert zu werden, entwickelte sich auf diese Weise ein transatlantischer Resonanzraum, in dem sich Vorlieben und auch Verhaltensmuster immer stärker ähnelten. Amerika wurde zum Sehnsuchtsort und Vorbild einer ganzen Generation.

Zwei an einer Gitarre: Bill Haley singt zusammen mit Caterina Valente auf seiner Tour durch Deutschland im Herbst 1958. Haley gilt als einer der ersten großen Pioniere des Rock'n'Roll.



Bundeswehr als kulturelle Prägung

Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland war angesichts der Bedrohung durch die Sowjetunion ein nahezu zwangsläufiger Schritt. Die Ausrichtung der neugegründeten Bundeswehr auf die Zugehörigkeit zum NATO-Verteidigungsbündnis und vor allem auf die Vereinigten Staaten war eine bewusste Entscheidung. Dieser Blick über den Atlantik wurde den ab Januar 1956 einrückenden Freiwilligen immer wieder vor Augen geführt. Gemeinsame Manöver und Übungen mit den US-amerikanischen Streitkräften stärkten die kameradschaftliche Verbundenheit.

Eine Besonderheit in diesen Jahren sei an dieser Stelle noch hervorzuheben: Für Schwarze Soldaten der US-amerikanischen Streitkräfte – vor allem für Offiziere, die länger in Deutschland dienten – war die Zeit in der Bundesrepublik vielfach ein Aufenthalt in einem besseren Land. Denn hier konnten sie der systemischen Rassendiskriminierung entfliehen, die in den

Südstaaten allerorts noch vorherrschte. Ein Umstand, der noch verschärft wurde durch die Tatsache, dass viele große Garnisonen der US-Streitkräfte in den südlichen Bundesstaaten angesiedelt waren. Glaubt man jedenfalls den Erinnerungen vieler Schwarzer Soldaten, dann war die Zeit in Deutschland ein Höhepunkt ihrer Laufbahn. Dieses Glücksgefühl vermittelten sie gegenüber der deutschen Bevölkerung, die wiederum diese Anerkennung und Wertschätzung besonders wahrnahm.

Fehlschläge beim Sport

Ohne jeden Zweifel spielte Sport schon damals in der US-amerikanischen Gesellschaft eine große Rolle. Da lag es nahe, den Deutschen die typisch amerikanischen Sportarten – Football, Baseball, Basketball – näherzubringen. Diese Mannschaftssportarten werden in den USA auch als Ort für die Einübung demokratischer Spielregeln oder sogar als Bindekräfte für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gesehen. Doch alle Versuche, diese drei Ballsportarten in Westdeutschland

populär zu machen, scheiterten schon in ihren Ansätzen an der überragenden Bedeutung des Fußballs für die deutsche Sportseele. Der Triumph bei der Fußballweltmeisterschaft 1954 in der Schweiz zementierte diese herausragende Rolle auf Jahrzehnte.



*Abendlicher Ausgang:
Drei US-amerikanische
Soldaten in einem Lokal
mit einer deutschen Frau.
Schwarze US-Soldaten
konnten während ihres
Dienstes in Deutschland
der Rassendiskriminierung
der amerikanischen Süd-
staaten entfliehen.*





„Ich bin ein Berliner!“ - John F. Kennedy in West-Berlin während seiner berühmten Rede 1963.

Wohl bis zu

500.000

Berlinerinnen und Berliner verfolgten
Kennedys berühmte „Ich bin ein Berliner“-
Rede vor dem Schöneberger Rathaus und
vor den Radios.



Höhepunkt der Verehrung

Als der US-Präsident John F. Kennedy im Juni 1963 die Bundesrepublik und West-Berlin besuchte, erreichte die Begeisterung für die USA, als dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten, einen emotionalen Höhepunkt. Der betagte Bundeskanzler, der 87-jährige Konrad Adenauer, empfing einen US-amerikanischen Präsidenten, der im Mai seinen 46. Geburtstag gefeiert hatte. Vitalität und Tatkraft, so die weitverbreitete damalige Einschätzung, trafen auf Erschöpfung und Niedergeschlagenheit. Kennedy wurde wie ein Rockstar gefeiert. Kaum jemand zweifelte daran, dass diesem immer noch jungen Mann die Zukunft gehören würde.

Die 500.000 Berliner, die sich vor dem Schöneberger Rathaus versammelt hatten, um Kennedys „Ich bin ein Berliner“-Rede zu hören, wurden von der kraftvollen Rhetorik des Präsidenten mitgerissen. Adenauer war von dem kollektiven Rauschzustand seiner Landsleute so angewidert, dass er den US-amerikanischen Außenminister Dean Rusk, der neben ihm stand, fragte, ob diese rauschhafte Begeisterung

im Grunde bedeute, dass es in Deutschland auch wieder einen neuen Hitler geben könne. Mit diesem Pessimismus konfrontiert, flüchtete sich der Außenminister in diplomatische Floskeln.

Eine erste Abkehr

Die zweite Hälfte der 1960er Jahre waren in der Bundesrepublik gekennzeichnet von einem langsamen aber stetigen Ablösungsprozess von den USA. Außen- und innenpolitische Gründe verstärkten sich wechselseitig. Der US-amerikanische Krieg in Vietnam, der täglich über die Fernsehnachrichten bildgewaltig in die deutschen Wohnzimmer übertragen wurde, verdunkelte das USA-Bild ebenso, wie die Polizeigewalt, die mit dem Bürgerrechtskampf der Schwarzen US-Amerikanerinnen und -Amerikaner einher ging. Hinzu kam, dass in allen westlichen Industriestaaten eine neue Generation an die Universitäten kam, die marxistische Ideen aufgriff, um – so die Sprache der Zeit – das „faschistische System“ des Kapitalismus zu überwinden. Plötzlich war die Bedrohung durch Moskau verschwunden, Washington war fortan die Gefahr für den Weltfrieden. In der Bun-

desrepublik skandierten die Studenten tausendfach „Ami go home“.

Dieser Anti-Amerikanismus von links blieb von diesem Zeitpunkt an eine Konstante im emotionalen Haushalt der akademisch gebildeten Deutschen. Dass er nur selten die Oberhand in der öffentlichen Diskussion und auch im politischen Raum gewonnen hat, belegten die starken Wurzeln der deutsch-amerikanischen Verbundenheit, die nach 1945 gelegt wurden.



Prof. Dr. Harald Biermann

ist Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Bonn und Honorarprofessor am Historischen Seminar der Universität Bonn. Er gibt hier seine persönliche Auffassung wieder.

Ein-China-Politik

Im Spannungsfeld globaler Machtverschiebungen

Die Taiwan-Frage ist zum Brennpunkt eines umfassenden strategischen Wettbewerbs – „Strategic Competition“ – zwischen den USA und China geworden. Der ursprünglich als regional dargestellte Territorialstreit entpuppte sich in den letzten Jahren als Kristallisationspunkt einer Auseinandersetzung von ganz grundsätzlicher Art: Zwischen demokratischer und autokratischer Herrschaftsform, zwischen US-amerikanischer Ordnungsmacht und chinesischem Hegemonieanspruch, zwischen regelbasierter internationaler Ordnung und machtpolitischem Revisionismus.

von May-Britt U. Stumbaum

Die Ende Januar 2026 erschienene US-amerikanische National Defense Strategy (NDS) betont erneut die US-amerikanische Politik strategischer Ambiguität, jahrzehntelang ein erfolgreiches Instrument zur Status-quo-Bewahrung gegenüber der „Ein-China-Politik“ Chinas, allerdings hat sich der Fokus geändert – China wird nun vor allem als wirtschaftsstarker Wettbewerber gesehen, dem mit Stärke, nicht mit Konfrontation („peace through strength, not confrontation“) begegnet werden soll. Der US-amerikanische Ansatz wird von außen getrieben durch Xi Jinpings „Chinesischen Traum“, der die Annexion von Taiwan als zentrale Komponente nationaler Vollständigkeit darstellt und dessen autokrati-

sches Regierungsmodell durch eine funktionierende Demokratie in Taiwan herausgefordert wird. Von innen gibt es unter der Trump II-Administration zunehmend ein Momentum für alternative Lösungen. Für die USA geht es um essenzielle militärische, wirtschaftliche und normative Interessen im indopazifischen Raum. Deutschland und Europa werden dabei als unzuverlässige Partner gesehen, die die existentielle Bedrohung, die die USA in China sehen, noch nicht vollumfänglich verstanden hätten. Europa bekommt die Auswirkungen dieses Ringens der Großmächte unmittelbar zu spüren und steht vor schwierigen Entscheidungen „between a rock and a hard place“, also „zwischen Baum und Borke“.

*Macht. Symbol.
Die chinesische Volksbefreiungsarmee untersteht dem Oberbefehl des Staatspräsidenten und Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas.*



Foto: picture alliance/Associated Press/Maxim Shemetov

Amerikas strategische Ambiguität unter Trump II

Die Ein-China-Politik der USA basiert seit 1979 auf einem bewusst aufrechterhaltenen Widerspruch: Washington erkennt die Volksrepublik als einzige legitime Regierung Chinas an und akzeptiert die chinesische Position,

Mit „Stachelschwein-Strategie“

ist eine militärische Doktrin zur Verteidigung Taiwans gegen eine mögliche Invasion durch die Volksrepublik China gemeint. Der Fokus liegt dabei auf kleinen, mobilen und schwer angreifbaren Systemen.

dass es nur ein China gebe und Taiwan Teil Chinas sei – ohne dies jedoch mit absoluten Begriffen zu untermauern. Gleichzeitig verpflichten sich die USA im Taiwan Relations Act, Taiwan mit Verteidigungsgütern zu versorgen und eine friedliche Lösung der Taiwanfrage zu unterstützen. Diese strategische Ambiguität bewahrte jahrzehntlang einen Status quo, der bislang sowohl eine gewaltsame Veränderung durch China als auch die taiwanische Unabhängigkeitserklärung verhinderte. Doch hochrangige US-Besuche in

Taiwan, verstärkte Waffenverkäufe und verbale Zusicherungen verwischten in der letzten Administration zunehmend die Grauzone. Der ehemalige US-Präsident Biden bestätigte mehrfach, dass die USA Taiwan beistehen würden. Der Unterstaatssekretär für Verteidigungspolitik der Trump II-Administration,

Elbridge Colby, setzt derzeit darauf, die Verteidigungsfähigkeit Taiwans im Sinne einer Stachelschweinstrategie zu stärken, um das Risiko eines möglichen US-Einsatzes zu reduzieren – Taiwan soll sich selbst

verteidigen können durch ein Mehr an Rüstungskäufen und Ausbildung.

Systemkonkurrenz:

Demokratie versus Autokratie

Mit China und den USA trafen seit jeher zwei fundamental unterschiedliche Herrschaftsformen aufeinander, die beide universelle Gültigkeit und eine globale Vorherrschaft beanspruchen; doch erst mit Chinas rasantem Machtzuwachs wurde die Systemrivalität eine reale Option. Die USA verstehen sich als Verteidiger einer internationalen

Ordnung mit individuellen Freiheitsrechten – unter eigener Führung im Sinne einer „America First“-Politik. China präsentiert sein autokratisches System als Alternative, in der Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung Vorrang haben. Diese Systemkonkurrenz ist komplexer als der Kalte Krieg: Marktwirtschaftliche Elemente verbinden sich mit unterschiedlichen politischen Ordnungen in nicht vergleichbaren Marktwirtschaften, wirtschaftliche Interdependenz koexistiert teils mit politischem Antagonismus. Es geht nicht nur um Territorien oder Wirtschaft, sondern darum, welche Herrschaftsform und welche Nation das 21. Jahrhundert vornehmlich prägen werden. Die USA sehen sich dabei direkt in Wohlstand und Wirksamkeit bedroht, von innen und außen.

Der „Chinesische Traum“ und seine Verwundbarkeit

Xi Jinpings Vision will China bis 2049 zur führenden Weltmacht im Mittelpunkt einer chinesisch geprägten Weltordnung („Tian Xia“) machen, mit der Annexion Taiwans als zentralem Element. Die Achillesferse: Der Erfolg westlicher Lebensweise stellt trotz

↓ Mit einer Militärparade gedenkt China dem Sieg über Japan im Zweiten Weltkrieg.



Ca. **2.000.000**

aktive Soldatinnen und Soldaten dienen in der chinesischen Armee.



↑ Verteidigung im Fokus: die damalige taiwanische Präsidentin Tsai Ing-wen inspiziert 2022 das jährliche Manöver Han-Kuang.

Ca. **200.000**

Soldatinnen und Soldaten sind in Taiwans Streitkräften aktiv.

Propaganda eine permanente Herausforderung dar, nicht nur durch die Erfahrungen der chinesischen Diaspora. Taiwan demonstriert täglich, dass Chinesen sehr wohl eine funktionierende liberale Demokratie aufbauen können. Die bloße Existenz einer freien, demokratischen von Chinesen gegründeten Gesellschaft, widerlegt das Narrativ der Kommunistische Partei Chinas (KPCh) von kultureller Inkompatibilität. Die Furcht vor „ideologischer Kontamination“ erklärt die unter Xi stark zugenommenen Repressionen in Xinjiang, Hongkong und im „Mainland China“ selbst. Xi hat unter anderem die Kontrolle über Information, Bildung und Zivilgesellschaft innerhalb und außerhalb der Grenzen der Volksrepublik China bis ins Extreme verschärft – ein vermeintliches Zeichen der Stärke, aber auch tiefsitzender Verunsicherung. Das System ist verwundbarer als seine Fassade vermuten lässt. Die überraschende Entlassung des ranghöchsten Militärs und eigentlichen Intimus Xis, General Zhang Youxia, zeigt die Spannungen

unter der Oberfläche: Der bislang wichtigste General des Landes wurde am 24. Januar 2026 abgesetzt.

Taiwan: Zwischen existenziellen Ängsten und Pragmatismus

Taiwan navigiert permanent zwischen existenziellen Ängsten und pragmatischem Kalkül, zusätzlich beeinflusst durch die immer stärker werdende psychologische Kriegsführung der KPCh mit Militärmanövern vor Taiwans Küste, Desinformationskampagnen, Cyberangriffen etc. Laut Pew Research, einem nichtstaatlichem Meinungsforschungsinstitut mit Sitz in Washington, sahen sich 2024 67 Prozent als vornehmlich taiwanisch, bei den 18 bis 34-Jährigen lag dieser Anteil sogar bei 83 Prozent. Die demokratische

Entwicklung hat eine politische Kultur geschaffen, die sich fundamental vom autokratischen Festland unterscheidet. Gleichzeitig ist die wirtschaftliche Verflechtung enorm: China, inklusive Hongkong, ist mit mehr als 30 Prozent des Gesamtwarenaustauschs (2024) Taiwans größter Handelspartner. Taiwans Sicherheit hängt von US-amerikanischer Unterstützung ab, seine Prosperität von China. Der russische Überfall auf die Ukraine verstärkte die bereits bestehenden Ängste: Würden die USA tatsächlich militärisch intervenieren? Diese Unsicherheit ist strategisch seitens USA gewollt, zwingt Taiwan aber zu massiver Verteidigungsinvestition bei gleichzeitiger Vorsicht, um keine chinesische Militäraktion zu provozieren.

Transformation US-amerikanischer Ordnungsmacht

Die USA errichteten nach 1945 ein Bündnissystem („Hub-and-spoke“), das die Region stabilisierte. Mit Chinas Aufstieg geriet diese Ordnung unter Druck. Peking betrachtet die US-amerikanische Militärpräsenz als Einkreisung und fordert eine Ordnung unter chinesischer Vorherrschaft. Die Wahrnehmung der USA wandelte sich fundamental: War China in den 1990ern noch potentieller Partner, gilt es heute parteiübergreifend als strategischer Konkurrent. Die AUKUS, Quad und ASEAN-Kooperationen (Association of Southeast Asian Nations) zeigen als zentrale Säulen der Sicherheitsarchitektur im Indopazifik, dass Washington in den letzten Jahren viel investiert hat, um seine Allianzstruktur zu modernisieren. Doch die USA sind nicht

mehr die unangefochtene Hegemonialmacht im Wettstreit zwischen einer „Pax Americana“ und einer „Pax Sinica“, also Friedensordnungen, die entweder durch die USA oder China durchgesetzt werden. Militärische Überdehnungen, innenpolitische Polarisierung und Zweifel an Sicherheitsgarantien, vor allem unter der derzeitigen Trump-II-Administration, erschüttern das Vertrauen. Die neue NDS spricht von eher reaktiven „denial defenses“ entlang der „ersten Inselkette“, die von den Philippinen bis nach Japan und Südkorea reicht. Asiatische Partner fragen sich jedoch, wie intensiv und ausdauernd die USA ihr Beistandsversprechen einlösen würden.

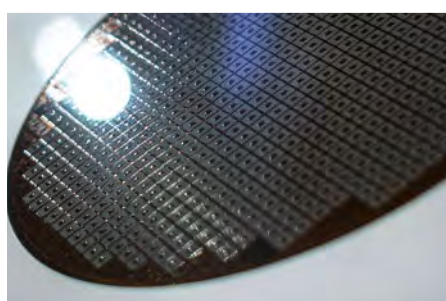
Vitale US-amerikanische Interessen

Taiwan ist Teil dieser „ersten Inselkette“, die Chinas Pazifikzugang be-

grenzt. Durch deren Kontrolle würde China diese Verteidigungslinie durchbrechen und US-Basen in Japan und Guam direkt bedrohen. Aber auch wirtschaftlich – Fokus der 2026er NDS – sind die US-Interessen erheblich. Taiwan produziert mehr als 60 Prozent der weltweiten Halbleiter und dominiert dabei auch den Markt für die fortschrittlichsten Mikrochips. Allein 2025 stiegen die taiwanischen Exporte in die USA um 125,9 Prozent, trotz US-amerikanischer „Strafzölle“ von 20 Prozent. Das Unternehmen TSMC ist für die US-amerikanische wie die gesamte westliche Technologiewettbewerbsfähigkeit von höchster Bedeutung. Chinesische Kontrolle gäbe Peking somit einen enormen Einfluss über die globale Technologieinfrastruktur. Darüber hinaus ist der indo-pazifische Raum die wirtschaftlich dynamischste Region; hier verlaufen die zentralen Handelsrouten der Welt. Und insbesondere geht es um Glaubwürdigkeit: Ohne US-Beistand müssten Partner sich mit China arrangieren – und chinesische Ansprüche und Vorgaben akzeptieren.



↑ TSMC-CEO C.C. Wei kündigt in Gesprächen mit US-Präsident Trump große Investitionen an.



↑ TSMC produziert Halbleiter-Chips für viele große US-Konzerne.

← Halbleiter kommen in der Form von Wafern auch in der Photovoltaik zum Einsatz.

Taiwan produziert über 60 Prozent der weltweiten Halbleiter und dominiert dabei auch den Markt für die fortschrittlichsten Mikrochips.

Die europäische Perspektive: Pragmatismus und Prinzipien

Deutschland und Europa versuchten lange, sich aus dieser Rivalität herauszuhalten und wirtschaftliche Interessen zu priorisieren. Diese Haltung ist unhaltbar geworden. China ist neben den USA Deutschlands wichtigster Handelspartner, viele Unternehmen sind stark vom chinesischen Markt abhängig. Gleichzeitig ist aber auch die Europäische Union der zweitgrößte

nen übernimmt noch naive wirtschaftliche Prioritäten setzt. Eine glaubwürdige Politik muss Menschenrechte, regelbasierte Ordnung und eigene Sicherheitsinteressen ernst nehmen und dabei diplomatische Kanäle offenhalten. Taiwan betrifft Europa fundamental: Eine militärische Eskalation hätte globale Konsequenzen. Die Versorgung mit Halbleitern und Mikrochips, weitere Lieferketten und die Glaubwürdigkeit internationaler Normen stehen auf dem

Die strategische Ambiguität der US-amerikanischen „Ein-China-Politik“ erreicht ihre Grenzen. Chinas wachsende militärische Fähigkeiten, Xi Jinpings Betonung nationaler „Wiedervereinigung“ und die Entschlossenheit der USA, ihre Position im Indo-Pazifik zu verteidigen, schaffen eine explosive Gemengelage, unabhängig des neuen Fokus der NDS.

Die kommenden Jahre werden entscheidend sein. Für Europa bedeutet dies, dass Neutralität keine Option mehr ist. Der Wunsch, wirtschaftliche Interessen und sicherheitspolitische Realitäten trennen zu können, ist gescheitert. De-Risking statt De-Coupling, also ein Strategiewechsel westlicher Staaten im Umgang mit China ohne vollständige wirtschaftliche Abkopplung, mag pragmatisch klingen, verlangt aber eine konsequente Umsetzung. Europa muss in kritischen Technologien unabhängiger und wirtschaftlich- und forschungstechnisch stärker werden und gleichzeitig seine Dialogfähigkeit bewahren.

Die Taiwan-Frage ist zum Lackmустest geworden – nicht nur für die transatlantischen Beziehungen, sondern auch für die Zukunft Europas. Ob Europa in Zukunft seinen Weg selbst bestimmen kann oder sich in einer machtpolitisch strukturierten Weltordnung unterordnen muss, entscheidet sich auch maßgeblich anhand der Taiwan-Frage.



↑ In den Han-Kuang-Manövern übt die taiwanische Armee auch den Orts- und Häuserkampf gegen die Volksbefreiungsarmee.

Handelspartner Chinas, und es wachsen nach russischem Gas Bedenken über Abhängigkeiten. Taiwan wird immer mehr als relevantes Sicherheitsthema erkannt. Deutsche Marineschiffe durchqueren symbolisch bedeutsam 2024 die Taiwanstraße, die Luftwaffe und das Heer nehmen regelmäßig vor Ort an multinationalen Übungen teil, Verteidigungsminister Pistorius spricht wiederholt bei der regionalen Sicherheitskonferenz „Shangri-La Dialogue“, die bedeutendste sicherheitspolitische Konferenz im asiatisch-pazifischen Raum, von der zentralen Rolle der Region für Deutschland. Europa muss eine eigenständige Position entwickeln, die weder blind US-amerikanische Positio-

Spiel. Der kanadische Premierminister Mark Carney machte in seiner Aufsehen erregenden Rede auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum 2026 konkrete Vorschläge, wie zum Beispiel den Aufbau von Handelsalternativen, wie in diesem Kontext die Kooperation zwischen den „less powerful“, also den Mittelmächten der Welt, zum gemeinsamen Nutzen aussehen könnte.

Fazit: Die Unausweichlichkeit der Positionierung

Die Taiwan-Frage markiert den Übergang von einer unipolaren zu einer multipolaren Weltordnung, in der Großmächte- und Systemrivalität zunehmend Kooperation verdrängt.



PD Dr. habil. May-Britt U. Stumbaum

ist Direktorin des The SPEAR Institute und Associate Fellow, Universität der Bundeswehr München.

Sie gibt hier ihre persönliche Auffassung wieder.



Mit Redaktionsschluss dieser Ausgabe eskaliert der Konflikt zwischen den USA und Israel auf der einen und dem Iran auf der anderen Seite. Auf den Tod seines geistigen Führers Ajatollah Ali Chamenei reagiert das theokratische Regime in Teheran mit Angriffen auf Israel, US-Ziele im Nahen und Mittleren Osten sowie auf Verbündete in der Region. In einer aktuellen Schalte mit den Einsatzkontingenten im Nahen und Mittleren Osten informieren sich Verteidigungsminister Pistorius und Generalinspekteur General Breuer über die Lage.

Zuvor waren die Schutzmaßnahmen bereits angepasst und die Truppenstärke reduziert worden. Wichtigste Botschaft: „Den Soldatinnen und Soldaten in den Einsatzgebieten des Nahen und Mittleren Ostens geht es gut“.





We the People

**250 Jahre
Amerikanische
Revolution**

↑ Bei der Boston Tea Party protestieren Kolonisten gegen die Besteuerung durch die britische Krone.

Mit der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung beginnt die politische Moderne

Philadelphia, 4. Juli 1776: Der Kontinentalkongress verabschiedet die Amerikanische Unabhängigkeitserklärung. Sie ist das Gründungsdokument der amerikanischen Nation und der amerikanischen Demokratie. Und gleichzeitig ist sie doch nur einer der Kulminationspunkte der Amerikanischen Revolution, die als ein Streit über Steuern begann und zu einer Kontroverse über die Grundlagen rechtmäßiger Herrschaft wurde. Diese wurden am 4. Juli 1776 für die Welt neu definiert.

von Volker Depkat

Mit dem Begriff Amerikanische Revolution wird ein die Jahre von 1763 bis 1788 ausfüllender Prozess bezeichnet, durch den sich dreizehn an der Atlantikküste Nordamerikas gelegene britische Kolonien von ihrem Mutterland lossagten und sich als souveräne Einzelstaaten zu den Vereinigten Staaten von Amerika zusammenschlossen. Die Amerikanische Revolution begann nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges (1756–1763) als ein Steuerstreit, wurde jedoch schnell zu einem Konflikt über die Grundlagen legitimer Herrschaft. Dieser Konflikt eskalierte in den von 1775 bis 1783 währenden Krieg der Amerikanischen Revolution (der Unabhängigkeitskrieg, s. S. 18 ff.) und führte dann über die Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 und die sogenannte Kritische Periode (1783–1788) zur Gründung der USA als föderal verfasstem Bundesstaat.

Mit der Amerikanischen Revolution begann die politische Moderne in ihrer liberalen Variante, wie sie sich unter

dem von der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung definierten Wertehimmel entfaltete. Zentrale Grundsätze sind erstens die grundrechtlich definierte Freiheit des Individuums, zweitens die Souveränität des Volkes, drittens eine liberale Staatstheorie, die den Schutz individueller Grundrechte als einzigen Zweck von Staatlichkeit definiert, und viertens das Widerstandsrecht des Volkes gegen ein den Staatszweck nicht erfüllendes Regierungssystem.

Eskalierender Steuerstreit, 1763–1774

Das alles war im Jahr 1763 nicht zu erwarten gewesen. Damals waren die Bewohner der britischen Kolonien in Nordamerika stolz darauf, „Engländer in Nordamerika“ zu sein. Sie sonnten sich im imperialen Glanz Großbritanniens, das durch seinen Sieg im Siebenjährigen Krieg zum Herrn über den nordamerikanischen Kontinent geworden war. Sie waren stolz auf die britischen

↓ *George Washington (1732–1799), Symbolfigur der amerikanischen Unabhängigkeit und erster Präsident der USA.*



Institutionen, die britische Rechtskultur, ihren Wohlstand und ihren Protestantismus. Weil sie selbst maßgeblich zum militärischen Erfolg des Mutterlandes beigetragen hatten, erwarteten die Kolonisten nach 1763 eigentlich eine Aufwertung ihrer Position im britischen Weltreich, mussten dann aber erleben, dass Großbritannien seine Herrschaft in Nordamerika neu ordnete, die Zügel imperialer Herrschaft stark anzog und nun viel direkter als je zuvor in die inneren Angelegenheiten der Kolonien hineinzuregieren begann.

Diese neue imperiale Politik wurde am stärksten im Bereich der Steuerpolitik spürbar. Der Siebenjährige Krieg war militärisch zwar ein Erfolg, finanziell aber ein Desaster für Großbritannien. Das Königreich war pleite. Deshalb verabschiedete das britische Parlament in den 1760er Jahren eine Reihe von Gesetzen zur Erhebung direkter Steuern in den Kolonien, die primär darauf zielten, die Kolonien künftig stärker an den Kosten für ihre Verwaltung und Verteidigung zu beteiligen.

Aus Sicht der Kolonisten war das allerdings unerhört, denn sie waren es seit jeher gewohnt, sich durch ihre eigenen, lokal gewählten Kolonialparlamente weitgehend selbst zu regieren. Deshalb waren für sie nur solche Steuern legitim, die von ihren eigenen Parlamenten beschlossen worden waren. Die über ihre Köpfe hinweg vom britischen Parlament verabschiedeten Steuergesetze waren für die Kolonisten hingegen eine eklatante Verletzung der Rechte, die sie „als Engländer“ zu haben meinten.

Ein kardinales Recht der Engländer war es, ausschließlich von Parlamenten besteuert zu werden, in denen sie repräsentiert waren. „No taxation without representation“ war der Slogan, mit dem sich die Kolonisten den britischen Steuergesetzen in den 1760er Jahren erfolgreich widersetzen. Sie protestierten mit Resolutionen ihrer Parlamente, mit Artikeln in den damals immer zahlreicher werdenden Zeitungen, durch eigene Repräsentanten vor Ort in London und mit einer Vielzahl von direkten Protestaktionen

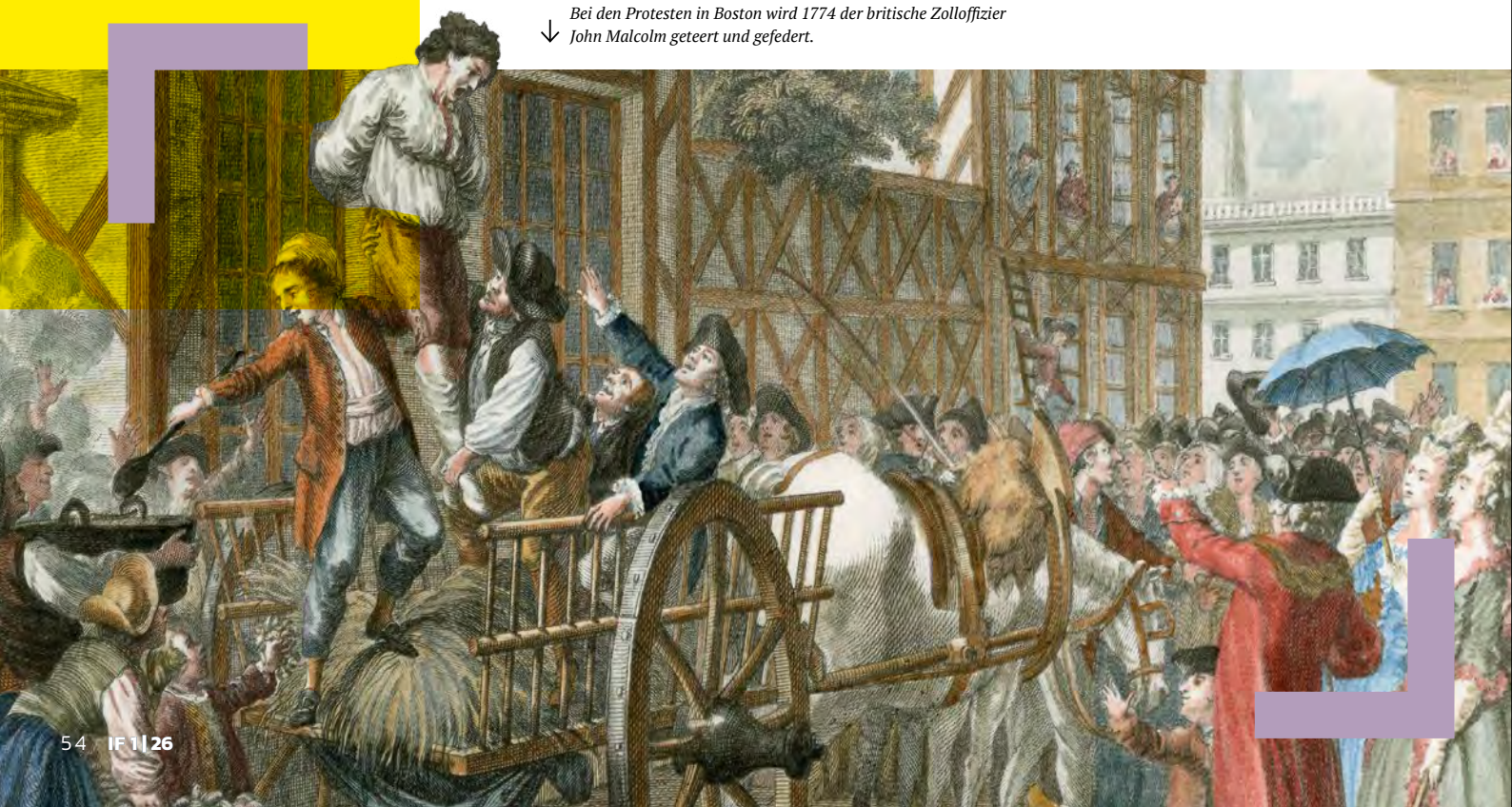
auf der Straße. Insbesondere der Boykott britischer Waren setzte dem Mutterland zu, mit dem Ergebnis, dass die britische Regierung die Steuergesetze immer wieder zurücknahm.

Die revolutionäre Wende der Amerikanischen Revolution

1774/76 nahm der Konflikt eine revolutionäre Wende. Diese ist im Kern dadurch definiert, dass die Kolonisten sich in ihrem Widerstand nun nicht länger auf ihre Rechte als Engländer beriefen, sondern auf die immer und überall gültigen, unveräußerlichen Grund- und Menschenrechte.

Die Stimmung in den Kolonien wurde nach der Boston Tea Party vom 16. Dezember 1773 – als als Mohawk-Indianer verkleidete Kolonisten Teekisten der britischen Ostindien-Kompanie in das Bostoner Hafenbecken warfen um gegen die Besteuerung ohne Mitspracherecht zu protestieren – zunehmend militanter. Immer offener wurde die Autorität der britischen Behörden missachtet, ein militärisches Vorgehen

Bei den Protesten in Boston wird 1774 der britische Zolloffizier John Malcolm geteert und gefedert.



des Mutterlandes wurde immer wahrscheinlicher, und am 19. April 1775 brach der Krieg mit den Gefechten in Lexington und Concord dann auch tatsächlich aus. Der schnell an Härte gewinnende Amerikanische Revolutionskrieg war bereits mehr als ein Jahr im Gange, als die USA sich am 4. Juli 1776 für unabhängig erklärten.

Forderungen nach Unabhängigkeit waren insbesondere nach der Veröffentlichung von Thomas Paines vielgelesenem Pamphlet „Common Sense“ im Januar 1776 immer lauter geworden. Der Druck auf die Delegierten des Kontinentalkongresses – das interkoloniale, revolutionäre Parlament – stieg

Die Unabhängigkeitserklärung stellt fest, dass alle Menschen frei und gleich geboren seien und dass sie deshalb unveräußerliche Grundrechte hätten.

beinahe täglich. Seit Ende Juni berieten sie den Entwurf einer Unabhängigkeitserklärung, der maßgeblich von Thomas Jefferson geschrieben worden war, brachten mehrere Veränderungen ein, und nahmen die Unabhängigkeitserklärung am 4. Juli 1776 an.

Die Unabhängigkeitserklärung ist das zentrale Dokument der Amerikanischen Revolution und der liberalen politischen Moderne, weil ihre ersten Absätze die liberalen Grundwerte definieren, auf denen Staats- und Gesellschaftsordnungen künftig aufgebaut sein sollten. Gleich zu Beginn stellt die Unabhängigkeitserklärung fest, dass alle Menschen frei und gleich geboren seien und dass sie deshalb unveräußerliche Grundrechte hätten, insbeson-



↑ Eine amerikanische Kolonialflagge mit dreizehn Sternen für die Dreizehn Kolonien.

dere „Life, Liberty and the Pursuit of Happiness“. Damit wird Individualismus zum Kern moderner Gesellschaften, denn diese Rechte hat man als Mensch und Individuum, nicht als Mitglied einer Gruppe. Diesen Individualismus koppelt die Unabhängigkeitserklärung an ein Staatsverständnis, das den Schutz individueller Grundrechte als den einzig legitimen Zweck staatlicher

Machtausübung begreift. Daran gekoppelt ist die Forderung, dass Regierungen vom Einverständnis der Regierten abhängig, also demokratisch legitimiert sein sollten. Schließlich proklamiert die Unabhängigkeitserklärung ein Recht auf immerwährende Revolution: Immer dann, wenn eine Regierung ihre Macht nicht mehr zum Schutz der Grundrechte einsetze, sondern sie dazu nutze, die grundrechtlich definierte Freiheit der Bürger zu beschneiden, hätten die Bürger das Recht, das Regierungssystem so neu zu organisieren, dass der Schutz der Grundrechte künftig besser gewährleistet sein würde. Aus diesem proklamierten Grundrecht auf fortgesetzte Revolution resultiert die populistische Dynamik der amerikanischen Demokratie.

Revolutionäre Verfassungsgebung

Mit der Unabhängigkeitserklärung waren die Kolonien zu selbstständigen Staaten geworden. Gleichzeitig hatten sie sich im Namen der dreizehn Vereinigten Staaten von Amerika für unabhängig erklärt und sich damit zu einem föderal organisierten Gemeinwesen vereinigt, zu einem aus Staaten zusammengesetzten Staat also. Verfassungsgebung im revolutionären Amerika fand deshalb auf der Ebene des Bundes und der Einzelstaaten statt. Immer aber sollten die neuen Verfassungen auf die in der Unabhängigkeitserklärung formulierten Grundwerte gebaut sein.



↑ Thomas Jefferson (1743–1826), dritter Präsident der Vereinigten Staaten und Hauptverfasser der Unabhängigkeitserklärung.

Im Folgenden geht es um die Verfassungsgebung auf Bundesebene, und hier ist es nun wichtig, dass die heute noch gültige Verfassung von 1787 bereits die zweite Bundesverfassung der USA ist. Die erste waren die Articles of Confederation von 1777/1781, die die USA als einen Staatenbund konstituierten. In ihm waren die Einzelstaaten stark und die Bundesgewalt schwach. Auch kannten die Articles of Confederation noch keine Gewaltenteilung;

„We the People“ stand für den radikalen Anspruch der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung: Politische Macht geht vom Volk selbst aus – und nicht von einer Krone.

die Bundesgewalt bestand nur aus dem Einkammerparlament des Konföderationskongresses, in dem jeder Staat ganz unabhängig von Größe und Gewicht nur eine Stimme hatte. Eine außerhalb des Parlaments angesiedelte Exekutive gab es nicht. Exekutive Aufgaben wurden vom Konföderationskongress und den von ihm gebildeten Ausschüssen erledigt. Diese Herrschaftsarchitektur verrät eine große Angst vor einer zu starken Zentralgewalt; letztere stellte im Denken der Zeitgenossen eine Bedrohung der individuellen Freiheit dar.

Nicht zuletzt deshalb war die politische Macht im Staatenbund falsch verteilt: Reichweite und Bedeutung der Aufgaben, die die Bundesgewalt zu erledigen hatte, standen in keinem Verhältnis zu den Machtinstrumenten, die ihr dafür zur Verfügung standen. So sollte der Konföderationskongress die nationale

Verteidigung organisieren, doch eine nationale Armee gab es nicht, sondern nur militärische Verbände der Einzelstaaten. Er sollte Gesetze für das allgemeine Wohl verabschieden, hatte aber keine eigenen Bundesbehörden, um diese Gesetze auch durchzusetzen, sondern musste durch die Verwaltungen der Einzelstaaten operieren. Außerdem hatte die Bundesgewalt keine Handhabe gegen die Staaten, die sich weigerten, diese Gesetze zu befolgen. Vor allem aber konnte sie keine eigenen Steuern erheben, sondern war auf die Kontributionen der Einzelstaaten angewiesen.

Die von den Konföderationsartikeln konstituierte Ordnung erwies sich in den krisenhaften 1780er Jahren als Teil des Problems. Damals überlagerte sich eine Krise der öffentlichen Finanzen mit einer schweren Wirtschaftskrise und einer Reihe von sozialen Unruhen. In dieser Situation fehlte es im Staatenbund an einer starken Bundesgewalt,

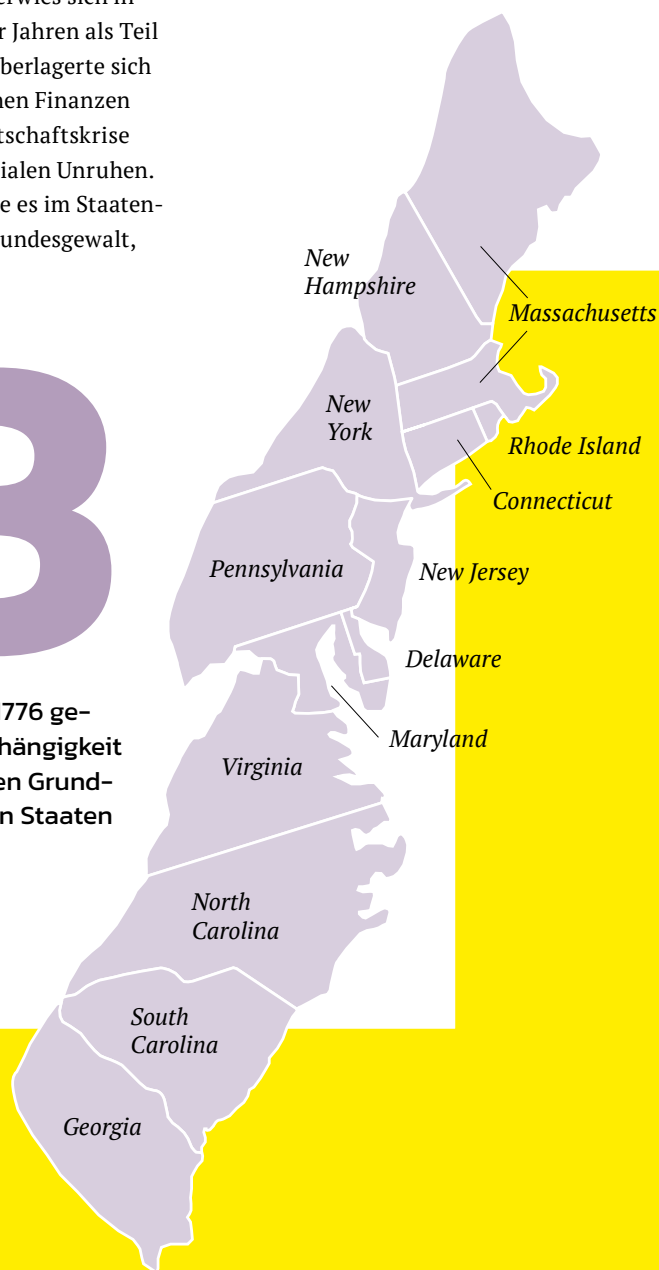
die die Inflation aufhalten, die exorbitanten Staatsschulden senken, das wirtschaftliche Wachstum ankurbeln, die Einzelstaaten auf Linie bringen, Rebellionen im Innern niederschlagen und energisch gegenüber den europäischen Mächten auftreten hätte können. Dies trieb Bestrebungen zu einer Reform der Articles of Confederation voran.

Verfassung von 1787: Vom Staatenbund zum Bundesstaat

Aus der Reform des Staatenbundes wurde dann aber tatsächlich der komplette Neubau der USA, denn die

13

Kolonien erklärten 1776 gemeinsam ihre Unabhängigkeit und legten damit den Grundstein der Vereinigten Staaten von Amerika.



1776 Unabhängigkeits- erklärung

Die 13 Kolonien erklärten sich am 4. Juli für unabhängig. Der bereits laufende bewaffnete Aufstand wurde damit zu einem Unabhängigkeitskrieg.

1777 Schlachten von Saratoga

Die Amerikaner besiegten die britische Armee in New York. Dieser Sieg überzeugte Frankreich, den Amerikanern zu helfen.

1778 Bündnis mit Frankreich

Frankreich trat offiziell in den Krieg ein. Seine militärische und finanzielle Unterstützung war kriegsentscheidend.

1781 Schlachten bei Yorktown

Amerikanisch-französische Truppen belagerten die britische Armee in Virginia. General Cornwallis kapitulierte am 19. Oktober. Damit endeten die großen Kampfhandlungen.

1783 Frieden von Paris

Großbritannien erkannte die amerikanische Unabhängigkeit offiziell an. Die USA erhielten das Gebiet östlich des Mississippi River.

Verfassung von 1787 verwandelte den Staatenbund in einen Bundesstaat. Die neue Verfassung der USA wurde von den 55 Delegierten einer verfassungsgebenden Versammlung erarbeitet, die von Mai bis September in Philadelphia tagte. Das Ergebnis der Beratungen war der Entwurf einer Verfassung, die die politische Macht im Staat in den Händen einer starken Bundesregierung zentralisierte und sie zugleich auf horizontaler und vertikaler Achse auf komplexe Weise aufteilte.

Auf der horizontalen Achse, der Bundesebene also, etablierte die Verfassung eine aus Legislative (Kongress), Exekutive (Präsident) und Judikative (Supreme Court) bestehende Bundesregierung. Die Legislative war nun ein aus Senat und Repräsentantenhaus bestehendes Zwei-Kammern-Parlament, in dem zwei verschiedene Formen der



↑ Bild über „The Battle of Lexington“ von 1877. Die Gefechte von Lexington und Concord am 19. April 1775 waren die ersten Kämpfe des Revolutionskriegs.

Repräsentation zur Anwendung kamen. Im Senat war jeder Staat der Union durch zwei Senatoren gleichberechtigt vertreten, im Repräsentantenhaus gemäß seines Anteils an der Gesamtbevölkerung. Pro 30.000 Einwohner erhielt ein Staat jeweils einen Sitz. Die Macht der Bundesregierung gegenüber den Einzelstaaten wurde deutlich gestärkt. Die Bundesregierung erhielt das Recht, Einfuhrzölle und Steuern zu erheben und den Handel zu regulieren. Darüber hinaus durfte die Bundesregierung nun eigene Streitkräfte unterhalten.

Die US-Verfassung koppelte die horizontale Gewaltenteilung auf Bundesebene an eine vertikale Teilung der Gewalt zwischen der Bundesregierung und den Einzelstaaten. Der amerikanische Föderalismus ist ein integraler Bestandteil des Systems der Gewaltenteilung. So ordnet die US-Verfassung die Bundesstaaten zwar einerseits der Bundesregierung unter, lässt ihnen aber große Freiräume für eine eigenständige Politik. Daraus entwickelte sich die bis heute anhaltende Debatte über die Rechte der Einzelstaaten im Verhältnis zu denen der Bundesregierung.

Lesetipps:

Depkat, Volker
Die Amerikanische Revolution.
München 2026.

Hochgeschwender, Michael
Die Amerikanische Revolution.
Geburt einer Nation 1763–1815.
3. Auflage. München 2018.

Wellenreuther, Hermann
Von Chaos und Krieg zu Ordnung
und Frieden. Der Amerikanischen
Revolution erster Teil, 1775–1783.
Münster 2006.

Wellenreuther, Hermann
Von der Konföderation zur Amerika-
nischen Nation. Der Amerikanischen
Revolution zweiter Teil, 1783–1796.
Berlin 2016.



Prof. Dr. Volker Depkat

ist Historiker und Professor
für Amerikanistik an der
Universität Regensburg.
Er gibt hier seine persönliche
Auffassung wieder.

Globale Stationierung der US-Streitkräfte

Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten umfassen in diesem Haushaltsjahr 1,328 Millionen aktive Militärangehörige und schätzungsweise 860.000 Reservistinnen und Reservisten, die im Kriegsfall um die US Coast Guard und die den Bundesstaaten unterstehenden Einheiten der Nationalgarde verstärkt werden können. Oberbefehlshaber ist laut Verfassung der Präsident der Vereinigten Staaten, dessen Militärdoktrin den Rahmen für die Dislozierung der Truppen vorgibt.

900 > 70
Stützpunkte weltweit in
Staaten der Erde

rund

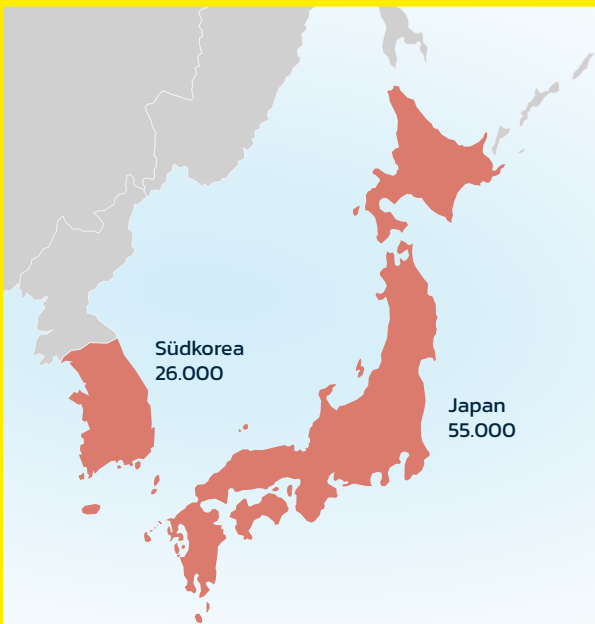
78.000

aktive US-Militärangehörige in Europa



11

im Dienst befindliche
Flugzeugträger weltweit

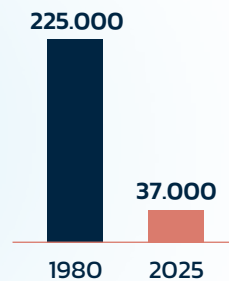


Mehr als

80.000

US-Soldatinnen und -Soldaten sind
in Japan und Südkorea präsent.

Aktive amerikanische
Soldaten dauerhaft in
der Bundesrepublik



Dr. Frank Heinz Bauer

ist Oberstleutnant der Reserve
und Studienrat am Hellenstein-
Gymnasium Heidenheim in
Baden-Württemberg.

Buch- und Onlinetipps

Gute Nacht, Gehirn: Gedanken, um zur Ruhe zu kommen

Prof. Dr. Volker Busch
Droemer TB
256 Seiten
ISBN: 978-3-426-56637-4
Preis: 18,00 €

Der Autor ist ein Arzt und Wissenschaftler, der es versteht seine Leser wirklich zu erreichen. In seinem Buch zeigt er, wie gute Gedanken uns besser in den Schlaf bringen. Denn das Gehirn beschäftigt sich, womit wir es täglich füttern. Busch liefert in seinem Buch eine Fülle guter Gedanken und praktische Anleitungen die vor dem Einschlafen angewendet werden können. Diese helfen unserem Gehirn

abends abzuschalten und basieren auf den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft. Als Leiter einer neuro-wissenschaftlichen Arbeitsgruppe an der Klinik für Psychiatrie der Universität Regensburg erforscht Busch die psychophysiologischen Zusammenhänge von Stress, Schmerz und Emotionen und sitzt direkt an der Quelle der Forschungsergebnisse. Diese wurden allerdings so lebendig aufgearbeitet, dass sich das Buch genauso leicht liest, wie ein Roman und eben nicht wie ein Forschungsbericht. Absolute Leseempfehlung für alle, die ohne große Anstrengung an ihren Schlafgewohnheiten arbeiten wollen. (eh)

Ebenfalls empfehlenswert für Lesemuffel: Prof. Dr. Volker Buschs Podcast „Gehirn gehört“.



Die Kunst des Friedens Eine andere Geschichte des Nahen Ostens



Der Nahostexperte Daniel Gerlach zeichnet die Geschichte der Region als Wechselspiel von Krieg, Diplomatie und politischer Ordnung. In seinem neuesten Werk verweist er auf frühe Friedensverträge bis ins Jahr 1259 v. Chr. und zeigt, dass Frieden und Diplomatie zwar eng zusammenhängen, aber nicht dasselbe sind. Die Gleichsetzung beider Begriffe habe immer wieder zu falschen Annahmen über politische Stabilität geführt. Gerlach spannt einen großen zeitlichen Bogen und wechselt zwischen zahlreichen Akteuren und Machtkonstellationen, was die Vielschichtigkeit der Region verdeutlicht. Wiederholt wird deutlich, dass Gewalt und Krieg historisch stärker wahrgenommen wurden als Prozesse der Annäherung und Stabilisierung.

Daniel Gerlach
C. Bertelsmann Verlag
352 Seiten
ISBN: 978-3570105856
Preis: 25,00 €

Das essayistisch-analytische Werk wird durch persönliche Erfahrungen des Autors in der Region ergänzt und dadurch aufgelockert. Es ermöglicht einen Perspektivwechsel, welcher zur differenzierten Einordnung der Konflikte im Nahen Osten beiträgt. (lm)



Kolonialkriege in Ostafrika 1885-1914

Tanja Bühler

Reclam

160 Seiten

ISBN: 978-3-15-011550-3

Preis: 18,00 €



auch die Gesellschaft und Wirtschaft der Einheimischen dargestellt. Die Eroberung Deutsch-Ostafrikas, heute

Da kaum Wissen über die deutschen Kolonien vorausgesetzt werden kann, behandelt die erste Hälfte des Buches die politischen und militärischen Hintergründe der Konfliktparteien (Deutsches Reich bzw. Schutztruppe und einheimische Königreiche), es wird aber

der Festlandteil Tansanias, Ruandas und Burundis, 1885 bis 1898 wird an Beispielen erklärt. Ebenso wird der Maji-Maji-Aufstand 1905 bis 1907 in Schlaglichtern vorgestellt. Das macht das Buch zwar gut lesbar, aber ein paar mehr Informationen zu den militärischen Operationen der Schutztruppe sowie der Einheimischen wünscht man sich dennoch. Das Buch richtet sich an interessierte Lesende ohne Vorwissen, es enthält sehr viele Karten und Bilder, die das Verständnis erleichtern. Ein kurzes Literaturverzeichnis lädt zur Vertiefung in die Thematik ein. (lk)

Zeit der Oligarchen. Über Wissenschaft, Freiheit und Frieden

Wieso sollte man einen Essay, der 1946 erstmals erschien, immer noch lesen? Abgesehen von der literarischen Qualität, die auch in der Übersetzung ausgezeichnet wiedergegeben wird, hat der britische Philosoph und Schriftsteller Aldous Huxley in seinem Buch „Schöne neue Welt“ 1932 eine technisch perfekte, aber seelenlose und auch die Menschen durchnormierende Welt als Dystopie entworfen. Das Essay „Science, liberty and peace“ zeigt, vereinfacht gesagt, den Weg in diese politisch und wirtschaftlich zentralisierte Zukunft. Es werden auch Alternativen vorgeschlagen,

primär Dezentralisierung der Produktion, der Energie- und Nahrungsmittelversorgung und der politischen Körperschaften. In wiefern das 1946 realistische Optionen waren oder heute sind, mag jeder für sich selbst bewerten. (lk)

Aldous Huxley
Carl Hanser Verlag
96 Seiten

ISBN: 978-3-446-28723-5
Preis: 14,00 €



Kontroll-Illusion. Warum KI unsere Existenz bedroht

Karl Olsberg

epubli

199 Seiten

ISBN: 979-8282574340

Preis: 14,99 €

Der Wettlauf um die beste Künstliche Intelligenz (KI) hat stark an Fahrt auf-

genommen. Es sind ungeahnte Möglichkeiten in allen Lebensbereichen mehr als wahrscheinlich. Dass die KI-Entwicklung aber auch das Potenzial hat, die gesamte Menschheit, ja sogar alles Leben auf unserem Planeten auszulöschen, erscheint uns eine völlig abwegige Vorstellung, die wir bei Verschwörungstheoretikern und ewig gestrigen Fortschrittsfeinden verorten würden. Karl Olsberg führt in seinem Buch „Kontroll-Illusion“ auf die Rückseite der Fortschrittsmedaille und legt plausibel dar, welche Gefahren durch eine ungebremste KI-Entwicklung in Form der noch mächtigeren AGI (Artificial General Intelligence) drohen. Mehr noch: Dass diese unausweichlich sind, sobald wir die Kontrolle über die KI verlieren. Olsbergs düstere Prognose fußt auf der Annahme, dass einmal definierte Ziele immer unzureichend präzise im Sinne der Menschheit definiert sind. Korrigierbar sind sie nicht. Der Lesende bleibt mit einem Gefühl der Ohnmacht zurück. Leicht nachvollziehbar und spannend ist dies eine Leseempfehlung, die uns für die Gefahren zumindest sensibilisiert. (jh)

IF - Zeitschrift für Innere Führung

71. Jahrgang

Die Zeitschrift für Innere Führung wurde 1956 als IFDT (Information für die Truppe) gegründet.

Herausgeber

Kommandeur des Zentrums Innere Führung (ZInFü)

Redaktion

Chefredakteurin: Verena Heep (hee)

Chef vom Dienst: Christopher Steiger (cst)

Leitende Redakteurin: Evelyn Schönsee (eve)

Redaktion: Simon Beckert (sb)

Art-Direktion: Dagmar Hentschel

Mitwirkende an dieser Ausgabe: Christian Peters (cpe),

Elke Holzer (eh), Lutz Kirchner (lk), Lisa Mais (lm), Jens

Heydecke (jh), Eric Peters (ep), Lea Wurzenberger (lw),

Michael Däumer (däu)

Redaktionsanschrift

IF - Zeitschrift für Innere Führung

Zentrum Innere Führung

Abteilung Im Dialog

General Ulrich de Maizière - Campus

Von-Witzleben-Straße 17, 56076 Koblenz

Telefon: 0261 - 579420 - 5568

E-Mail: ZInFueImDialogIF@bundeswehr.org

Homepage: www.zentruminnerefuehrung.de

Bildredaktion

Dagmar Hentschel, Till Rimmele

Lektorat

Uwe Brammer

Layout & Design

IDEENHAUS GmbH MARKEN.WERT.STIL

Mühlgasse 17, 90403 Nürnberg

Sabine Kropf, Marcel Olek, Ralf Brendjes, Haiyang Ma

Vertrieb

Streitkräfteamt (SKA) Mediendisposition

Mediendisposition@bundeswehr.org

Druck

Kern GmbH, Auflage: 16.700

Hinweis

Mit Namen oder Initialen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Texte und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke, auch auszugsweise, fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die Redaktion und mit Quellenangaben erlaubt. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf Datenträger. Wir betonen ausdrücklich, keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte derjenigen Seiten zu haben, auf die in unserer Zeitschrift durch Angabe eines Links verwiesen wird. Deshalb übernehmen wir keine Verantwortung für die Inhalte aller durch Angabe einer Linkadresse in unserer Zeitschrift genannten Seiten und deren Unterseiten und machen uns deren Inhalt nicht zu eigen. Diese Erklärung gilt für alle durch uns ausgewählten und angebotenen Links und für alle Seiteninhalte, zu denen Links oder Banner führen.

Zur Nutzung der QR-Codes in dieser Ausgabe wird auf die Regelungen und Hinweise zum Filmen und Fotografieren in Liegenschaften der Bundeswehr hingewiesen.

Für Preisangaben in Artikeln: keine Gewähr.

Einheiten, Verbände und Dienststellen, die die IF beziehen möchten oder zusätzliche Exemplare wünschen, wenden sich zur Anforderung bitte an ihre zuständige Post- oder DV-Stelle.

Redaktionsschluss:

4. März 2026

DOI 10.48701/opus4-855


Zugehört: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Zugehört! Ist der Podcast des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw). In Interviews ordnet er Militärgeschichte, -soziologie und Sicherheitspolitik ein – fundiert, unaufgeregt und mit spürbarem

Quellenbewusstsein. Besonders stark:

die Einordnung von Ereignissen in längere Linien, die vielfältigen Gesprächspartner und die Möglichkeit, Folgen über Website, Spotify oder Apple Podcasts nachzuhören. Abzüge gibt es für die teils akademische Sprache und die eher unregelmäßige Ver-

öffentlichung mit Pausen: Wer schnelle „Dienst-Hacks“ sucht, muss die Impulse selbst übertragen. (ep)


NDR-Info-Podcast: Streitkräfte und Strategien

Dienstags und freitags ab 16:30 Uhr bringt der Podcast „Streitkräfte und Strategien“ des NDR-Info-Senders ein Update zum Krieg in der Ukraine. Langjährige ARD-Korrespondentinnen und -korrespondenten beleuchten mit Expertinnen und Experten aus Verteidigungs- und Sicherheitspolitik die Hintergründe der jüngsten Entwicklungen. Der Austausch zwischen dem Host und seinem Gegenüber läuft im ersten Teil des Podcasts schleppend an: Wer auf persönlichen Informationsgewinn rund um den aktuellen Stand des Kriegsgeschehens hofft, hofft

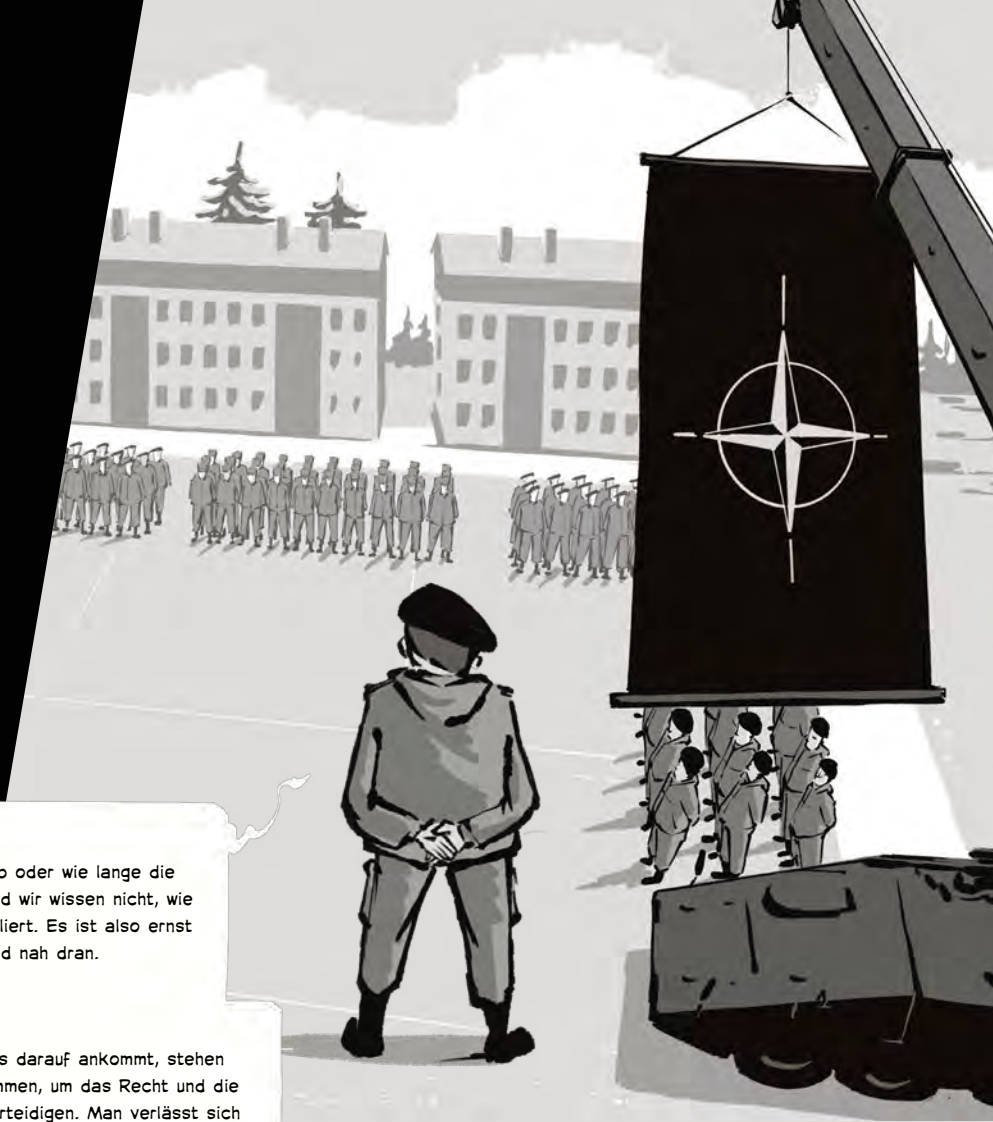
vergebens: Langatmig werden bereits bekannte Fakten breitgetreten und monologisiert - ohne neuen Nachrichtenwert für den Zuhörenden. Erst im zweiten Teil kommt etwas Dynamik ins Gespräch, wenn ein „wirklicher Experte oder eine Expertin“ sein oder ihr Wissen und daraus abgeleitete Einschätzungen zum Besten gibt. (eve)





Die IF zeigt hier für ihre Leser eine Episode aus dem Comic-Sachbuch der Inneren Führung. Der Comic ist über den Publikationsserver der Bundesregierung digital abrufbar. Bundeswehr-Angehörige können sich auch an ihre Vorschriftenstelle wenden.

Weitere Infos: www.innerefuhrung.de



Wir wissen nicht, ob oder wie lange die Ukraine standhält. Und wir wissen nicht, wie die Lage weiter eskaliert. Es ist also ernst und wir sind nah dran.

Aber falls es darauf ankommt, stehen wir hier zusammen, um das Recht und die Freiheit zu verteidigen. Man verlässt sich auf uns. Und ich weiß, ich kann mich auf Sie verlassen.

Kompaniechefs übernehmen und zum Dienst wegtreten lassen.



Ich bin Ben Schneider, und jetzt hat das alles sehr viel mit mir zu tun.





Foto: picture alliance/AP Photo/Gemunu Amarasinghe

Die Militärjunta in Myanmar hat sich im Januar 2026 die Macht in dem südostasiatischen Bürgerkriegsland gesichert. Die militärischen Machthaber sollen sich und der ihnen nahestehenden Partei USDP (Union Solidarity and Development Party) bereits vor Abschluss der „Scheinwahl“ die parlamentarische Mehrheit gesichert haben. Es war die erste Wahl seit dem Sturz der demokratischen Regierung unter Führung der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi im Jahr 2021 durch die Militärjunta. Suu Kyi befindet sich seitdem in Haft. Sie wurde zu 27 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt.

G.I. Elvis in Deutschland

Mit Elvis Presley entsenden die amerikanischen Streitkräfte Ende der 1950er Jahre ihren prominentesten Wehrdienstleistenden nach Deutschland. Die Stationierung des Superstars des Rock'n'Roll in Hessen leistet einen wichtigen Beitrag für das deutsch-amerikanische Verhältnis.

Erster Oktober 1958: Ein Sonderzug der US-Armee trifft mit neuen Rekruten, darunter der 23-jährige Elvis Aaron Presley, in der hessischen Kleinstadt Friedberg ein. Als einfacher Soldat leistet der „King of Rock'n'Roll“ Wehrdienst in Deutschland.

Elvis wohnt zunächst in einem Hotel, ab Februar 1959 residiert er mit seinem Vater, seiner Großmutter und zwei Freunden in einem Haus in Bad Nauheim, von wo er jeden Tag zum Dienst in die Friedberger Ray Barracks fährt.

Elvis ist bereits vielfacher Plattenmillionär, als er nach Deutschland kommt. Seine dynamisch-erotischen Auftritte, seine einzigartige Stimme versetzen die Fans in Ekstase und machen ihn zum gefeierten Idol einer ganzen Generation. In Deutschland bereiten der amerikanische Soldatensender AFN, die Berichte in den Printmedien, nicht zuletzt die Beiträge über Elvis in der Jugendzeitschrift BRAVO, dem Siegeszug des Rock'n'Roll den Boden. Elvis ist für seine deutschen Fans ein Repräsentant einer musikalischen Revolution, ein umjubelter Kulturbotschafter seines Landes. Viele ältere Deutsche hadern mit der jugendlichen Begeisterung für den hüftenschwingenden Bürgerschreck, auch wenn sie in der Mehrzahl die Präsenz amerikanischer Truppen als Schutzmacht



↑ Anpacken ohne Star-Allüren: Im hessischen Steinfurth dirigiert der Gefreite Elvis Presley (M.) der US-Armee im April 1959 den Kranfahrer bei der Umsetzung eines Denkmals des Ersten Weltkriegs. Der Bürgermeister von Steinfurth hatte die in der Nähe stationierte US-Einheit des amerikanischen Rock'n'Roll-Sängers Elvis Presley für die Steinumsetzung zur Hilfe gerufen. Die wenigsten Zuschauer der Aktion ahnen, dass es sich bei dem Soldaten um Amerikas gefeierten Rock'n'Roll-König handelt.

begrüßen. Die DDR-Propaganda agitiert hingegen nicht nur gegen den Einfluss westlicher Musik und Kultur auf die eigene Jugend, sondern sieht in Elvis gar ein „Geschütz im Kalten Krieg“.

Für seine Fans wird Elvis Presleys Haus in der Bad Nauheimer Goethestraße zur Pilgerstätte. Der smarte G. I. zeigt sich ihnen gegenüber bodenständig und freundlich, gibt bereitwillig Autogramme und stellt sich immer wieder für Schnappschüsse zur Verfügung, auch wenn er das Haus zeitweise nur durch die Hintertür verlassen kann.

Elvis' Aufenthalt in Deutschland endet Anfang März 1960. In seinem ersten Film nach der Armeezeit „G. I. Blues“ („Café Europa“) singt Elvis das deutsche Volkslied „Muss i denn, muss i denn zum Städtele hinaus“ („Wooden heart“). Es markiert gleichsam seinen endgültigen Abschied von Deutschland, in das er nie wieder zurückkehrt. Was bleibt, sind seine Musik und sein Beitrag zu einer eigenständigen, modernen Jugendkultur, die sich im Übergang von den 1950er zu den 1960er Jahren in Deutschland allmählich herausbildet und zu der amerikanische Leitbilder maßgeblich beigetragen haben. (cpe)

02.10.2025 — 30.06.2026

AlliiertenMuseum



Eintritt frei
Free entry

coldwar games_



Sonderausstellung
Special exhibition
Clayallee 135 14195 Berlin

unsere demokratie für die zukunft gestalten



Fotograf: Leonhard Simon

Das Amerikahaus München ist die größte Institution Deutschlands, die sich mit den transatlantischen Beziehungen befasst. Das vielfältige Veranstaltungsprogramm mit einem besonderen Fokus auf Handels- und Sicherheitspolitik lädt alle dazu ein, Demokratie aktiv mitzugestalten.

**Mehr
erfahren?**



www.amerikahaus.de     

amerikahaus



Titelthema IF 1|26:

250 Jahre USA Macht und Demokratie

Die USA und ihr demokratisches System haben nach wie vor eine Vorbildfunktion. Die IF zeigt auf, mithilfe welcher entsprechender Institutionen die Demokratie 250 Jahre lang bis heute im Gleichgewicht blieb – und wie die Vereinigten Staaten von Amerika die frühe Bundesrepublik prägten. Das Fundament deutsch-amerikanischer Verbundenheit, insbesondere auch durch kulturelle Prägungen, besteht bis heute. Mit Blick auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik wandelt sich derzeit die Rolle der USA in der NATO. Statt Nostalgie und dem Gefühl vertrauter Sicherheitsgarantien ist in Europa nun eine Strategie gefragt, um sich militärisch selbst zu ermächtigen.

Ein Erfolgsprinzip: Checks and Balances

Die USA haben rückblickend auf 250 Jahre gezeigt, wie widerstands- und wandlungsfähig ihre Demokratie ist. Konflikte, Spannungen und sogar einem Bürgerkrieg hat sie Stand gehalten, die älteste Demokratie der Neuzeit. Denn Garant für eine stabile Demokratie, pulsierende Wirtschaftskraft und politische Führungsrolle weltweit ist die Balance der Institutionen - auch unter der Trump II-Administration. Was kann Deutschland daraus lernen?

American Way of Life: Von Besatzern zu Beschützern

Der Kalte Krieg bewirkte, dass sich die drei westalliierten Siegermächte im Nachkriegsdeutschland um die Gunst der Bevölkerung bemühten. Sichtbar wurde das mit Beginn der Luftbrücke Ende Juni 1948, nachdem die Sowjetunion die Zufahrtswege zu Land und auf dem Wasser in die drei Westsektoren Berlins abgeriegelt hatten. Nachhaltig geprägt haben die Deutschen die kulturellen Angebote der USA wie zum Beispiel der Rock'n'Roll, den das amerikanische Truppen-Radio AFN nach Deutschland brachte.

Die USA und die NATO: Was muss Europa jetzt tun?

Die Schwerpunktsetzung der US-amerikanischen Sicherheitspolitik unter US-Präsident Donald Trump hat sich verändert. Alternative Verteidigungsbündnisse jenseits der NATO werden vom Bündnispartner USA diskutiert. Statt der Nostalgie vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen Gewöhnung an den US-amerikanischen Sicherheits-Schutzschirm nachzuhängen, muss Europa eine Strategie entwickeln und die Notwendigkeit der militärischen Selbstermächtigung erkennen.



Foto: Bundeswehr

**WISSEN.
SCHNELL.
FINDEN.**

UNSERE SERVICES FÜR SIE

Verbundkatalog
Wir stellen den gemeinsamen Katalog aller Spezialbibliotheken der Bundeswehr mit mehr als drei Millionen Titeln bereit.

Recherche
Wir führen auf Ihren individuellen Bedarf zugeschnittene Literatur- und Faktenrecherchen in Datenbanken und weiteren Quellen durch.

Ausleihe
Wir liefern Ihnen Fachliteratur und -medien aus unserem Bestand oder anderen militärischen und zivilen Einrichtungen.

FIZWissen
Wir bieten tagesaktuell Literaturtipps und Dossiers zu bundeswehrrelevanten Themen.

FIRE!
Wir stellen im Internet den Publikationsserver der Bundeswehr für Amtsdrukschriften und wissenschaftliche Publikationen bereit.

Wiki-Service Bw
Wir unterstützen Sie als Bundeswehrangehörige bei Aufbau und Nutzung von Wiki-Bereichen und fördern so das kollaborative Arbeiten.

Kontakt
Fachinformationszentrum der Bundeswehr (FIZBw), Fontainen-graben 200, Haus 208, 53125 Bonn, FIZBwInfo@bundeswehr.org

Wissensportal Intranet
<https://fizbw.infosys.svc/portalW>

Direktlink zu FIRE!



BUNDESWEHR